

NOBIS

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Vorran

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 168 März 1995

Mieten, Preise, Steuern, Pflegeversicherung ...

Jetzt mehr Geld

„In der Krise haben wir das Hemd geteilt, im Aufschwung ...“ schreiben die *Metz/Nachrichten*. Doch wenn die Arbeitnehmerinnen nicht aufpassen, stehen sie weiter im halben Hemd da und haben nur ein paar Krümel in der Hand.

Claus Ludwig, IG-Medien-Mitglied, Köln

Ein Aufschwung ist etwas sehr Wechselhaftes: im Wahlkampf ist er „selbsttragend“, „kräftig“ und „stabil“, in Tarifrunden

wird er schnell zum zarten Pflänzchen, durch Einkommenserhöhungen in Höhe der Preissteigerungsrate geraten er und die Arbeitsplätze, die er ohnehin nicht geschaffen hat in Gefahr.

Die Konzerne und ihre Bonner-Berliner Botenjungen wollen keine „Runde für die Arbeitsplätze“ drehen, sie wollen uns in den Betrieben immer mehr Runden für die Profite fahren lassen und nicht einmal den Spirit bezahlen.

Es geht in Deutschland und weltweit längst nicht mehr um das Auf und Ab von Rezession und Aufschwung. Die Unterneh-

mer wollen langfristig die Einkommen drücken und Arbeitszeiten erhöhen, wollen sämtliche Errungenschaften zerstören, die die Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit erreicht hat.

Heute herrscht nach einem UNO-Bericht die „schlimmste Beschäftigungskrise seit der großen Depression der 30er Jahre“. Die Unternehmen unternehmen nichts, schaffen auch im Aufschwung keine neuen Arbeitsplätze, sondern setzen darauf, den kranken Kapitalismus durch immer wildere Währungs- und Aktienspekulation

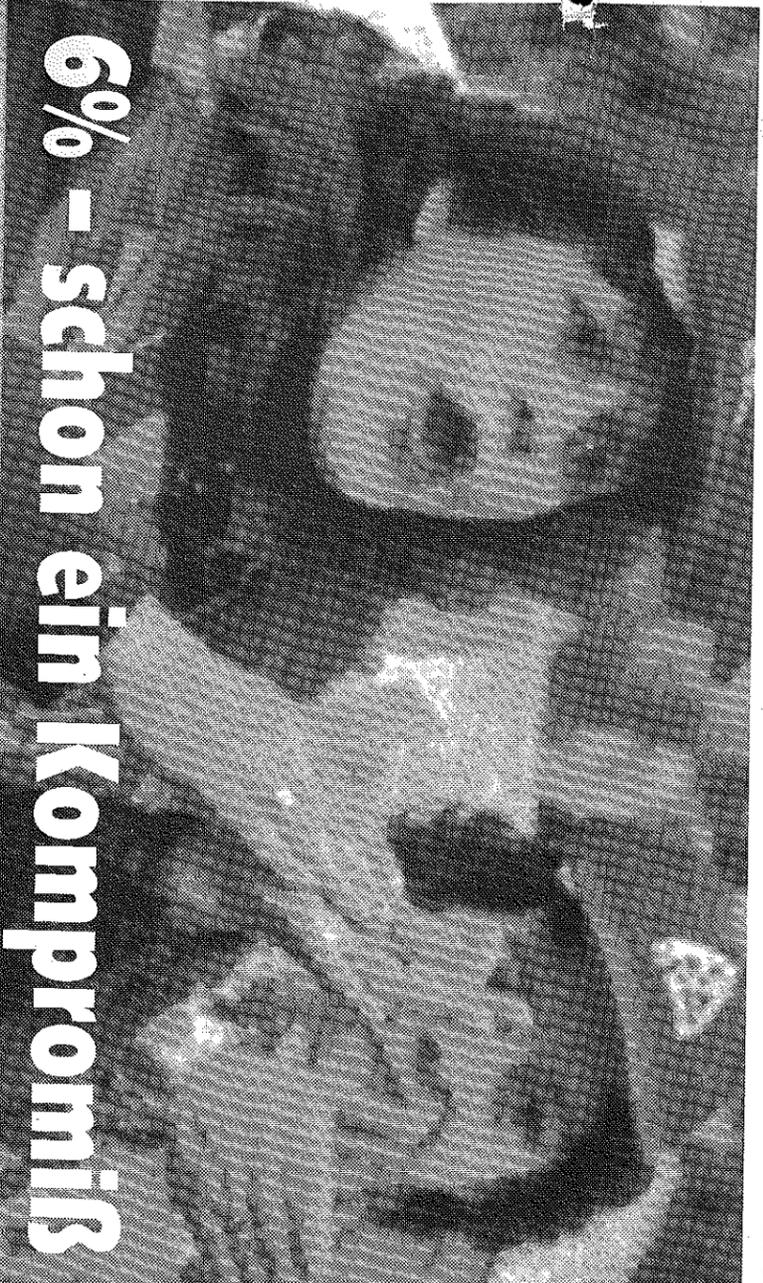
profitabel zu halten.

Die Regierungen unterstützen dies, indem sie die per Steuerpolitik wie ein verrückt gewordener Robin Hood den Armen nehmen und den Reichen geben.

Der Anteil der Löhne ist weltweit auf den niedrigsten Stand seit 1970 zurückgefallen.

Die Metall-Unternehmer wollen für bescheidene Lohnzuwächse weitere Flexibilisierung, die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes haben ein beispielloses Paket von Verschlechterungen vorgelegt (siehe S. 11).

Trotz ihres Getöses sind die



6% - schon ein Kompromiß

Warnstreiks, Urabstimmungen, Streiks, Beteiligung in Bayern haben die Entscheidung der Metallarbeiter bewiesen. Mit über 90 Prozent Organisationsgrad in Großbetrieben und fast 3 Millionen Mitgliedern könnte die IG Metall die Unternehmer in die Knie zwingen.

Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Doch wieder einmal steht die Führung von Anfang an auf der Bremse. Für die Arbeitszeitverkürzung werden Absprache bei den Prozenten zugestanden. Dabei haben die Metzler für die

35-Stunden-Woche schon 1996 mit einem niedrigen Abschluß bezahlt. Die Unternehmer würden nur aufgefördert *irgendwie* Der Widerstand von *Gewermeift* wird sich mit der Bezeichnung des Streiks auf Bayern nicht brechen lassen. So kommt nur ein fauler Kompromiß heraus.

Die IGM-Führung sollte mehr in den Streik treten als nur ein halbes Prozent der Mitgliedschaft. Die IGM-Chefs Riester und We Takel damit, daß Aussparung verhindert werden soll. Sie nutzen den Paragrafen 116 der AFG und angeführte Auspar-

ringen als Festschreibung gegen Kolleginnen, die massiven Streiks fordern. Um die Unternehmer zu angemessenen Zugeständnissen zu zwingen, müssen die Gewerkschaften in die Offensive gehen. Während sie sofort nach kurzen massiven Warnstreiks zu Urabstimmungen in allen Betrieben und Vollstreik übergehen, würde es nur wenige Tage dauern, bis die

Unternehmer klein beigehen. Sie würden gar nicht dazu kommen, über Aussparung nachzudenken, geschweize denn wirklich auszusperren. Würde es dennoch dazu kommen, könnten die Gewerkschaften ihre Mit-

glieder auffordern, sich nicht auszusperrn zu lassen und die Betriebe zu besetzen.

Hat die Gewerkschaftsführung wie die Unternehmer Angst, daß eine solche Mobilisierung der Arbeitnehmerinnen, mehr bezieht als ein paar Prozent mehr und zieht es deswegen vor klein zu treten und zu erklären, nur einen faulen Kompromiß zu vereinbaren und die Streiks auszuweiten. Letztendlich braucht die IG Metall eine neue Führung, die bereit ist zu kämpfen. Diese muß von unten her aufgebaut werden.

Unternehmer nicht unbesiegtbar. Die Tarifrunde ist eine hervorragende Gelegenheit, Millionen Arbeitnehmerinnen zu mobilisieren. Die neuen Angriffe der Unternehmer müssen abgewehrt und die ohnehin nicht berühmten Lohnforderungen um 6 Prozent voll durchgesetzt werden.

Wenn sich die Konzerne nach vier Jahren Reallohnabbau und Produktivitätssteigerung nicht einmal sechs Prozent mehr leisten können, stellt sich die Frage, ob wir uns ihr Wirtschaftssystem noch leisten können!

Berlin: Nazis raus!

Die FAP zieht Aktivisten in den Berliner Stadtteilen Prenzlauer Berg, Marzahn und Treptow/Köpenick zusammen. In Parkow/Prenzlberg, wo der Berliner FAP-Vorsitzende Lars Bumeister (Grelstr. 46a) wohnt, wurden Anschläge auf einen PDS-Treff und den „Eine-Welt-Laden“ verübt, vor einem Einkaufszentrum wurden Vietnamesen angegriffen. In Treptow/Köpenick versuchten FAP-Kader im Oktober 94 massiv, Jugendliche gegen Ausländer aufzustacheln und anzuwerben. Im Bahnhof wurden mehrfach Vietnamesen unter Anleitung von FAP-Funktionären mit Eisenstangen angegriffen. Auf eine Schmeichelei wurde ein Brandanschlag verübt an die Mauer „FAP“ gespritzt.

In allen drei Stadtteilen mobilisiert Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE gegen die militärischen Nazis. Auch nach dem FAP-Verbot werden deren Aktivitäten weitergehen und können nur von Antifaschistinnen und der Arbeiterbewegung gestoppt werden. Wir werden im Kiez bekannmachen, wo die Faschisten wohnen und sie isolieren. In Parkow/Prenzlberg werden für den 20. 4. Schatzaktionen und für den 22. 4. eine Demo gegen die „Kadernwohnungen“ geplant. Wir fordern von PDS und Gewerkschaften, daß sie gegen die Faschisten mobilisieren.

Aron, Berlin

FAP weg, Nazis bleiben

Mit der FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei) hat Innenminister Kanther die stärkste und bedeutendste Nazi-Organisation verboten. Doch wie auch bei den vorhergegangenen Verboten hatten die Faschisten Zeit, sich darauf vorzubereiten.

Die FAP war verantwortlich für den Nazi-Aufmarsch von Fuda im August 93 und ist ein Bindeglied für Aktivitäten der gewalttätigen Nazi-Szene. Nach dem im letzten Herbst verhängten Verbot der Viking-Jugend und der Inhaftierung der „Führer“ Küssel in Österreich und Worch in Deutschland ist das Verbot der FAP eine weitere Behinderung der Aktivität von Faschisten.

Formal hätte die FAP schon 1983 aufgelöst werden können, als sie zur Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten) wurde. Die FAP hat sich immer offen als „nationalsozia-

listisch“ bezeichnet, 24 der 25 Punkte des NSDAP-Programms übernommen.

Der Verbotsantrag gegen die FAP läuft seit 1993. Im November 94 entschied das für Parteiverbote zuständige Bundesverfassungsgericht, die FAP sei keine Partei, sondern ein Verein. Die Verbotsvollziehung könne daher durch den Innenminister ausgesprochen werden. Spätestens ab da war klar, daß die FAP über kurz oder lang verboten würde.

Bei den Razzien nach dem Verbot wurden die biblischen Nazi-Urensilien sowie einige Waffen gefunden. Festnahmen gab es keine.

Umstrukturierung

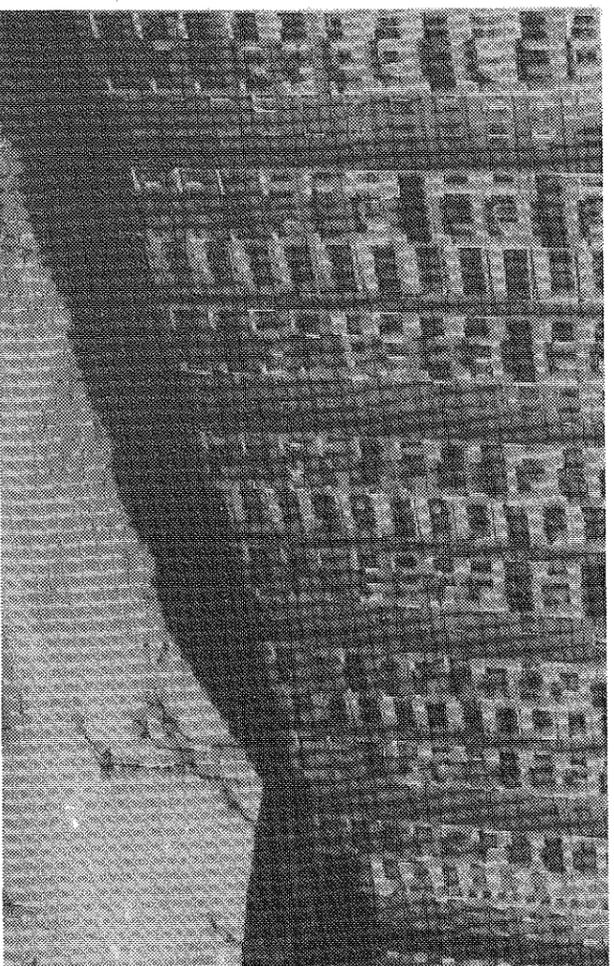
Die FAP hat im letzten Jahr mit der Umstrukturierung Richtung Untergrundorganisation begonnen und ein Zellen-system eingeführt.

Mieterkampf in Ost und West

Seiten 2 und 3

Fortsetzung auf Seite 2

Mieterhöhung im Osten



Arbeitschließfächer zu Villenpreisen: Berlin-Märzahn

Stop Mietwucher!

Mitte diesen Jahres soll in den neuen Bundesländern das Vergleichsmietensystem eingeführt werden und damit die Mietpreisbindung für Wohnungen enden, die vor dem 3. 10. 90 fertiggestellt worden sind. Dadurch sollen alle „Altwohnungen“ im Osten in den „freien Wohnungsmarkt“ überführt werden, wodurch es so gut wie keine Sozialwohnungen mehr gibt, denn die Ost-Wohnungen haben keine Sozialbindung.

Ralph, arbeitslos, Berlin-Märzahn

Beim Vergleichsmietensystem dürfen die Vermieter innerhalb der nächsten drei Jahre die Mieten um bis zu 20 Prozent erhöhen. Grundmieten unter 8 DM/m² dürfen sogar bis zu 30 Prozent erhöht werden. Mit dem Wegfall des Zinsmoratoriums (= Aussetzung der Zinszahlung an Altleigentümer) sorgt die Bundesregierung dafür, daß die Wohnungsbaugesellschaften keine Möglichkeit zur Mieterhöhung auslassen werden.

Gemäß dem „Altschuldengesetz“ müssen die Wohnungsbau-Gesellschaften – und sogar die ihres Bestandes privatisieren. In Berlin-Friedrichshain beispielsweise sind nur 6 Prozent der Mieter finanziell in der Lage, die zu privatisierenden Wohnungen zu kaufen. Also werden die Immobilienale zum Zug kommen. Die Mietropolitik der Bundesregierung und der Großen Koalition aus CDU und

Wenn viele Mieter die Zahlung der Mieterhöhung verweigern, ist sie nicht eintreibbar, die juristische Verfolgung Zehntausender ist nicht durchsetzbar

SPD im Berliner Senat ist völlig inakzeptabel.

„Verträglich“ gestalten?

Die Aktivitäten von Bündnis 90 und PDS sind im wesentlichen darauf gerichtet, die Auswirkungen „sozialverträglich“ zu halten. Die PDS fordert, den Anstieg der Kalmieten auf 3,3 Prozent und die Modernisierungsumlage auf 1,50/m² jährlich zu begrenzen, eine dynamische Anpassung des Wohnungsgelds, Umwandlung der Altschulden in zinslose Darlehen und keine Privatisierungen.

Diese Forderungen sind nicht dazu geeignet, den Mietanstieg zu stoppen, sondern nur, ihn zu begrenzen und übers Wohnungsgeld

eine Zuteilung von Staatsgeldern letztlich zugunsten der Vermieter vorzunehmen. PDS-Sprecher betonen immer wieder, daß „die Interessen von Vermietern und Mietern auszugleichen“ seien, daß eine Mieterform auch von „Vermieterverbänden“ mitgetragen werden müsse (*Neues Deutschland*, 22. 2. 95).

Tatsächlich wird nur die Herausnahme des Wohnungsbaus aus dem Markt und die völlige Streichung der Altschulden den Anspruch der PDS, „Wohnen ist ein Menschenrecht“, gerecht.

Offensive – aber wie?

Laut statistischem Bundesamt lag im Oktober 94 der Bruttoverdienst im Osten bei durchschnittlich 3342,- DM, das sind 69,7 Prozent des Westniveaus. Die PDS schlußfolgert daraus, daß daher das westdeutsche Vergleichsmietensystem noch (!) nicht übertragbar sei.

Aber auch im Westen sind die Mietpreise zu hoch und das Vergleichsmietensystem ist abzulehnen. Zur Anknüpfung der Mieten an die Einkommen wäre eine Forderung nach Begrenzung der Warmmieten auf höchstens 20 Prozent des Einkommens in Ost und West angemessen.

Die PDS hat eine „wohnungspolitische Offensive“ mit Infoständen, Postkarten-Aktionen, Plakaten, Sonderzeitungen, Anhörungen und Diskussionsforen begonnen, um über die Folgen der Vergleichsmiete aufzuklären.

FAP weg, Nazis bleiben

Ihre Kader werden weiterarbeiten. Das FAP-Verbot ist keine effektive Zerschlagung der Organisation. Es ist zwar mehr als reine Kosmetik, da Kanther und Kohl deren Aktionsradius einschränken, aber es erlaubt ihnen weitere Aktivitäten.

1992/93 waren die Nazis als Hilfstuppe zum Sturm auf das Asylrecht willkommen. Zur Zeit sind die Rechten ein Störfaktor. Nazi-Aktivitäten, vor allem spektakuläre wie der Aufmarsch von Fulda oder Anschläge, führen zu Gegenreaktionen. Eine große antirassistische Bewegung will sich die Regierung zur Zeit nicht leisten, Sozialabbau und sinkender Lebensstandard führen schon zu massiver Unzufriedenheit.

Die Verbote gegen Nazi-Gruppierungen sind nicht durchsetzbar

PDS: Punktsieg für Gysi & Co.

Zum Abschluß des Bundestageparteitages der PDS sangen die Delegierten die Internationale. Dagegen sind das Verhalten der Parteiführung um Gysi und Bisky und die Beschlüsse des Parteitages eher ein Abgesang auf sozialistische Ideen.

Anje Zander, Berlin

Die Parteiführung konnte sich mit ihren „5 Thesen“, die einen weiteren Schritt in Richtung Sozialdemokratisierung darstellen, durchsetzen. Allerdings war schon der Rückzug der vorherigen „10 Thesen“, die den Sozialismus eindeutig nicht als Ziel, sondern nur als Methode bezeichnen (siehe VORAN Nr. 167), ein Zugeständnis an die Basis.

Sozialdemokratisierung

Die Entwicklung zu einer sozialdemokratischen Partei wurde nicht nur durch die Annahme der „5 Punkte“ deutlich. Vor allem fehlte eine Diskussion darüber,

der Polizei noch Politiker wagen einzuzugreifen, weil die Besetzer viel Sympathie genossen.

Poll-tax-Boycott

In Britannien gab es Ende der 80er Jahre eine erfolgreiche Zahlungsbeykott-Bewegung gegen eine neue Steuer: 13 Millionen verweigerten am Ende die Zahlung, und die Steuer – samt ihrer Erfinderin Thatcher – wurde abgeschafft. Organisiert hat den Boykott eine landesweites Netzwerk von Basisorganisationen, ins Leben gerufen von keiner großen Partei, sondern von *Militant Labour*, der Schwesterorganisation der SAV, die über weitaus weniger Ressourcen und Mitglieder verfügt als die PDS.

Die PDS hat im Osten die Stärke und Verankerung in den Stadtvierteln, um gemeinsam mit den Mietern einen wirklichen Kampf aufnehmen zu können, der weit über übliche Protestrituale hinausgeht. Eine große Mietboykott-Bewegung im Osten hätte auch Ausstrahlung auf den Westen – gerade in Berlin – und wäre ein Brückenschlag bei einem Problem, das auch WestbürgerInnen drückt.

Das PDS-Besitzblatt *Märzahn links* verkündete in seiner Ausgabe 11/94 stolz das Ergebnis einer Umfrage, derzufolge 85 Prozent aller Märzahner gegen in ihrem Bezirk leben. Bleibt nur zu wünschen, daß wir es uns auch in Zukunft leisten können ...

Fortsetzung von Seite 1

Manöver der Bundesregierung. Beim Kampf gegen die Faschisten können wir uns nur auf uns selbst verlassen. Hoffnungen in den Staat können sich bitter rächen, wenn dieser die Nazis wieder einmal aufdüppelt. Die Aufgabe der antifaschistischen Bewegung ist daher nicht, auf den Staat Druck Richtung Verbot auszuüben. Um sie in die Löcher zurückzutreiben, müssen die Faschisten mit einer massenhaften Gegenmobilisierung konfrontiert werden. Ihre Veranstaltungen und Aufmärsche müssen dadurch verhindert werden, ihre Aktivisten müssen an die Öffentlichkeit gezeit werden, in ihren Stadtteilen isoliert, aus Wohnung und vom Arbeitsplatz vertrieben werden.

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mieterstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Makler Tätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilistenleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionspläne von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wähl- und jederzeitige Abwahlbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat
- ★ Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichen Facharbeiterlöhne

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitalismus
- ★ Organisierung eines einheitlichen Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und osteuropäischen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als ihren durchschnittlichen Facharbeiterlöhne

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahrheit und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartensplatz für jedes Kind
- ★ Flachendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Stalinismus-Keule

- Nur mit einer schonungslosen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus kann man Leute von sozialistischen Ideen überzeugen. Dies tun weder die Kommunistische Plattform noch die Parteisitzplize. Sarah Wagenknecht bezeichnete die Bewegung gegen die stalinistische Diktatur in Prag 1968 als „Konterrevolution“.

Wofür wir kämpfen

soche Auseinandersetzung mit den Systemen in der Ex-DDR und Osteuropa. Sozialismus hat es in diesen Ländern niemals gegeben. Die Macht des Kapitals wurde zwar abgeschafft, dafür kontrollierte eine Schicht von Bürokratie alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Planwirtschaft kann sich nur weiter entwickeln, wenn die ArbeiterInnen selbst nach ihren Bedürfnissen demokratisch planen und entscheiden können. Der Sozialismus braucht die Demokratie wie unser Körper den Sauerstoff.

Stalinismus-Keule

Nur mit einer schonungslosen Auseinandersetzung mit dem Stalinismus kann man Leute von sozialistischen Ideen überzeugen. Dies tun weder die Kommunistische Plattform noch die Parteisitzplize. Sarah Wagenknecht bezeichnete die Bewegung gegen die stalinistische Diktatur in Prag 1968 als „Konterrevolution“.

Gysi, Bisky und Co. ging es mit der Stalinismus-Debatte vor allem darum zu beweisen, daß sie das kapitalistische System und die parlamentarische Demokratie nicht in Frage stellen und sich so für eine Regierungsbeitilgung zu empfehlen.

Die PDS-Führung konnte sich mit ihrer Anpassung an die Sozialdemokratie auf den Parteitag durchsetzen. Das bedeutet jedoch nicht, daß nicht viele Basismitglieder diesem Kurs kritisch gegenüberstehen. Die Parteispitze konnte sich vor allem wegen dem Fehlen einer echten Alternative durchsetzen.

Die weitere Entwicklung der PDS wird davon abhängen, wie weit sie die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen in Ost und West konsequent verteidigt. Dies wird sie nicht durch schöne Worte und sozialistische Lippenbekenntnisse erreichen, sondern nur, indem sie Kämpfe gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Lehrstellenmangel und Mietwucher organisiert.

SPD unter Druck

Die aus CDU und rechten SPD-Abweichtlern bestehende Mehrheit in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung (SVV) hat den Verkauf der Städtischen Wohnungsgesellschaft (Stäwog) an private Vermieter beschlossen. Doch für die erbosten Mieterinnen ist dies die noch längst nicht gesammengeschlossen und machen Druck.

Michael Müller, Mieterinitiative, SAV Bremerhaven

Die Kundgebung vor der SVV am 26. 1. zeigte die Wut der

Der Druck der Mieterinnen hat die SPD dazu gebracht, sich umso lauter gegen den Verkauf auszusprechen. Sollte herauskommen, daß sie die Arbeitnehmerinnen und Einkommensschwachen in den Stäwog-Wohnungen belügt, wird sie die Quittung bekommen.

Betroffenen. Eine Rentnerin, ein Student und ein türkischer Arbeiter erklärten, der Verkauf der Stäwog und die daraus resultierenden Mieterhöhungen würden ihnen ohnehin schmalen finanziellen Spielraum für kulturelles wie: Reisen, Kino, Ausgehen usw. vernehmen. In der Arbeitslosen-Metropole Bremerhaven – faktisch ist jeder dritte ist ohne Arbeit – hängt ein halbwegs erträgliches Leben an niedrigen Mieten.

Internationaler Frauentag



Alleinstehenden Müttern bleibt oft nur der Gang zum Sozialamt

Gute Tips von Frau Nolte

Kathrin, Rostock und Fig, Köln

60 Prozent aller Frauen, die in Ostdeutschland ihren Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, wird der Arbeitsplatz gestohlen. 45 Prozent erhalten während des Erziehungsurlaubs die Kündigung. 15 Prozent erfahren die frohe Botschaft, am ersten Arbeitstag.

Der Druck, den SAV-Aktivisten zusammen mit Mietern und Belegschaft der Stäwog aufbauen konnten, zwang die Stadtverordneten dazu, sich diese Erklärungen über die Lage der Betroffenen anzuhören. 700 Demonstrantinnen standen vor Beginn der Versammlung vor dem Saal und begehrten Einlaß. Der SVV-Vorsteher Tallert hatte Sitzreihen entfernen lassen und gewährte nur wenigen nach Polizeikontrolle den Zutritt.

SPD-Zick-Zack

Der SPD-Unterbezirk Bremerhaven und der Bremer Senat (Landesregierung) um Wedemeier hatten sich im Gegensatz zur SPD-Fraktion gegen den Verkauf der Stäwog gewandt. In einem kurzen Anflug von Volkstümlichkeit hatte die SPD-Miterversammlungen organisiert, sich als Vertreter der „kleinen Leute“ aus dem Fenster gehängt – und viel Wahlkampfgeld gemacht.

Doch schon zwei Wochen später waren andere Töne zu hören: Der Landesvorstand diskutierte als eine Option den Verkauf von 25 Prozent der Stäwog.

Als dies durch Erklärungen von Jungsozialisten und Mieterinitiative an die Presse kam, ging der SPD ihr Vorsitzender verlustig. Parteichef Breuer übernahm die alleinige Verantwortung für diese Überlegungen und trat zurück. Zwei Monate vor der Landtagswahl wollte sich die SPD keine erbosten Mieterinnen leisten. Doch er war nur das Bauernopfer, denn in Landesvorstand und Senat wird der Einstieg in den Stäwog-Verkauf schon längst diskutiert, trotz aller nach Breuers Rücktritt umso vollmundigeren Erklärungen, gegen



Kundgebung vor der Sitzung des Bremerhavener Stadtparlaments

den Verkauf zu sein. Das Verhalten von SPD-Führern, die sich für die anstehenden Landtags-Wahlen im Mai auch den Rücken für eine Koalition mit der CDU, den Verkaufsbefürwortern, freihalten wollen, riecht nach einem faulen Ei. Ursprünglich hatte Senatspräsident Wedemeier versprochen, eine Resolution der Mieterinitiative gegen einen Gesamt- oder Teilverkauf zu unterschreiben und sie seinen Senatskollegen vorzulegen. Dieses Versprechen hielt er nicht. Sämtliche Bremer SPD-Spitzen verweigerten ihre Unter-

schrift. In Bremerhaven hatte zuvor der SPD-Unterbezirk beschlossen: „Die SPD lehnt den Verkauf der Stäwog mit ihren 6000 Wohnungen ab.“ Der Antrag der Jungsozialisten, der dies mit den Formulierungen „weder im Ganzen noch zu Teilen“ und „grundsätzlich“ präziserte, wurde abgelehnt.

Der Druck der Mieterinnen hat die SPD dazu gebracht, sich umso lauter gegen den Verkauf auszusprechen. Sollte herauskommen, daß sie die Arbeitnehmerinnen und Einkommensschwachen in den

Nachttaxi für Frauen!

In Deutschland wird alle drei Minuten eine Frau vergewaltigt und oft genug werden Frauen auf der Straße dünn angemacht. Trotzdem will die Stadt Stuttgart bei Fraueneinrichtungen und Zufuchstellen Geld einsparen.

Andrea, JRE-Mitglied, Stuttgart

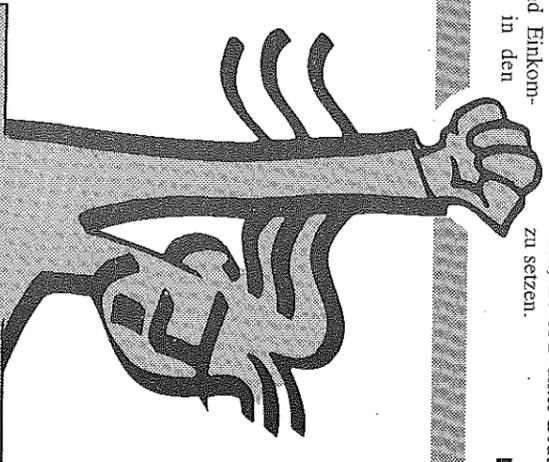
Start zu kürzen sollte die Stadt sich nicht aus der Verantwortung stellen, sondern nach Möglichkeiten zur Abhilfe suchen. Ein Problem ist zum Beispiel, daß Frauen und Mädchen nach Disco-Besuchen oder Veranstaltungen spät nachts oder früh morgens durch dunkle Straßen laufen müssen, weil sie sich keine Taxis leisten können.

Die einzige Möglichkeit für Frauen, sicher nach Haus zu kommen wäre, ein Taxi einzuführen, das Frauen kostenlos durch die Nacht fahren würde. Dies fordern SAV und JRE in Stuttgart!

Mit diesem Ziel im Auge hat JRE eine „Frauen-nachttaxi-Kampagne“ gestartet, die bis zum 11. 3. läuft. Um der Stadt zu zeigen, daß ein Taxi durchaus möglich ist, wollen wir eine ganze Nacht lang ein Frauennachttaxi anbieten.

Unter anderem sammeln wir natürlich auch Unterschriften und Spenden, um die Öffentlichkeit auf unsere Forderung nach einem kostenlosen Frauennachttaxi und unseren Aktionen aufmerksam zu machen.

Weiteres Ziel von JRE ist es, soviel wie möglich weitere linke Organisationen als Unterstützer für diese Kampagne zu gewinnen. Angesprochen wurden z. B. PDS, SPD etc.



Internationaler Frauentag

Der internationale Frauentag entstand aus den Kämpfen der proletarischen Frauenbewegung. Sein erstes und wichtigstes Ziel war die Eringung des Frauenwahlrechts. Erstmals demonstrierten am 19. März 1911 Männer und Frauen für die Gleichberechtigung der Frau. Demokratie und den Frieden. Während des 1. Weltkrieges setzten sich die bürgerlichen Frauenorganisationen für die „Verteidigung des Vaterlandes“ und die Einberufung der Frauen für Arbeit direkt hinter der Front ein.

Der internationale Frauentag aber blieb ein revolutionärer Kampf für Frieden und die Rechte der Frau. „An dem Frauentag muß sich in allen Ländern der Wille der Proletarinnen entzünden und stärken, für den Frieden zu kämpfen.“ (Clara Zetkin, 1915) Am 8. März 1917 streikten in Rußland Petersburger Textilarbeiterinnen für Brot, gegen die Zarenherrschaft und gegen den Krieg. Ihr Aufstand war der Auftakt für die Revolution, die erst den Zaren und wenige Monate später den Kapitalismus stürzte. Seitdem wird der 8. März als internationaler Frauentag begangen.

Das Frauenprogramm der SAV
 Format A5, 44 Seiten
 Preis 4 DM zuzügl. 1,50 DM Porto. Nur gegen Vorkasse, Bestellungen an die Redaktion VORAN



Schülerpower!

Ein Sieg von CDU und FDP hätte für Hessen eine konservative Bildungswende bedeutet. Spitzenkandidat Kanther hatte sich für das Kultusministerium Verstärkung aus Bayern geholt. Mit Josef Kraus (CSU), der nicht davor zurückgeschreckt war, der rechtsextrernen „Jungen Freiheit“ ein Interview zu geben, sollen aus Schulen Denkmäler gemacht werden.

Leonie, Schüleraktionskomitee, Kassel

Er wollte unter anderem das Zentralabitur einführen, das Kultusministerium würde die Themen für die Abiturienten vorgeben. Für Gruppenarbeit, Aktuelles usw. wäre keine Zeit mehr. Die CDU wollte pensionierte Lehrer wieder einstellen, um den Stundenausfall zu stoppen, Gesamtschulen und Schulkonferenz abschaffen und Gelder für die Integration von Behinderten und den muttersprachlichen Unterricht kürzen. Außerdem sollen wieder die Lehrer entscheiden, für welchen

Schutzweig ein Kind nach der Grundschule geeignet ist. Das Kind müßte nach Plänen der CDU in einer zweiwöchigen Prüfung beweisen, daß es gut genug fürs Gymnasium ist. Dadurch würde der Leistungsdruck sogar schon im Alter von 9 oder 10 beginnen.

Mit diesen Angriffen und dem Versuch, Eliteschulen zu bilden und Hauptschulen zu stärken, will die CDU aus Schülern Roboter machen, die die massiven Kürzungen willenslos hinnehmen.

Eine rechte Regierung konnte verhindert werden. Aber die Bundesregierung plant Ähnliches auf Bundesebene und der SPD kann man nicht vertrauen, daß sie das verhindert.

Doch auch in Hessen ist die Gefahr noch nicht vorbei. Die SPD-Landesregierung versucht, Lehrern und Schülern weiszumachen, daß kein Geld für Bildung da sei. Kultusminister Hölzapfel stelle ein Kürzungsprogramm auf und will keine weiteren Lehrer einstellen. Die Arbeitszeit für Lehrer soll um bis zu 2 Stunden pro Woche

verlängert werden, die Klassenobergrenze von 33 Schülern voll ausgeschöpft werden. Zusätzlich soll es die „Überprüfung von

Sonderprojekten auf ihre Notwendigkeit“ (Arbeitsgemeinschaften, Drogenberatungsleiter usw.) geben.

Erfolgreiche Demo

Am 13. Februar, eine Woche vor den hessischen Landtagswahlen, zeigten 1500 Schüler in Kassel ihre Bereitschaft, gegen die rechte Bildungswende der CDU und die Kürzungspläne der SPD zu kämpfen.

Vorher hatten SchülerInnen von 13 Schulen auf Initiative von Kassel SAV-Mitgliedern ein Schüleraktionskomitee gegründet, in dem ebenso Berufs-, Haupt- und Realschüler wie Gymnasialisten organisiert sind. Die vom Aktionskomitee geplante Demonstration, mit Gewerkschaften, dem ASTA der Uni, SAV und JRE als Unterstützer, war ein voller Erfolg. 1500 Schüler, die nach der Schule zum Rathaus zogen, waren der Beweis für die Kampfbereitschaft und ebenso ein Zeichen dafür, daß dies nur der Anfang sein kann.

Doch der Kampf der Schüler darf nicht auf Kassel beschränkt bleiben, sondern muß auf die Landes- und Bundesebene getragen werden. Wir fordern hiermit alle Schülervertretungen auf, die SchülerInnen gegen die Angriffe von oben zu informieren und zu mobilisieren.

Viele SchülerInnen haben gesehen, daß die SAV die Initiative für die Aktion ergriffen hat und hatten großes Interesse an unseren Flugblättern und Zeitungen. Wir konnten 40 Zeitungen verkaufen und acht neue Leute haben Interesse an der Mitarbeit in der SAV bekundet.

Das Hochwasser alle Jahre wieder? Keine Naturkatastrophe

Über Ozonloch oder Waldsterben wird kaum noch diskutiert. Kanzler und Umweltministerin freuen sich. Doch manchmal drängen sich die Folgen umweltpolitischer Fehlentscheidungen derart in den Vordergrund und die Kameras, daß man sie wieder übersehen noch tatschweigen kann.

Johannes, Köln

Von der diesjährigen Hochwasserwelle waren allein in Deutschland Zehntausende betroffen. Im vergangenen Jahr ist die Katastrophe als „Jahnhunderthochwasser“ verharmlost worden. Es soll so verschleiert werden, daß diese Katastrophen hausgemacht sind.

Mit dem Wirtschaftswachstum nach dem Krieg wurden immer mehr Industrieflächen benötigt. Für die Standortentscheidungen der Unternehmen waren günstige Verkehrsanbindung und geringe Erschließungskosten die wichtigsten Faktoren. In den Mittelgebirgsregionen wurden

daher die Täler als Industriegebiete ausgewiesen. Zum einen verließen in den Tälern bereits Straßen, die nur noch ausgebaut werden und nicht neu beantragt werden mußten, zum anderen fließen durch Täler Flüsse und Bäche, die man als Abwasserkanäle mißbrauchen kann.

Wegen dem großen Artenreichtum in den Tälern führte die industrielle Nutzung zu großen Artenschwund. Außerdem ist mit Industrieflächen in Gewässernähe Flächenversiegelung und Kanalisierung der Gewässer verbunden. Dies führt zu sich aufschaukelnden Effekten, wenn durch hohe Niederschläge oder hohes Abwasseraufkommen nach der Schneeschnmelze die Bäche ohnehin an die Grenzen ihres Fassungsvermögens kommen.

Von den versiegelten Flächen wird den Fließgewässern der Niederschlag ohne den Umweg des Versickerns im Boden zugeleitet. Die begründeten und kanalisierten Bäche haben ein größeres Gefälle als die natürlichen Wasserläufe und sind bremsen-

der Kurven und Hindernisse beraubt. Daher beobachtet man an solchen Gewässern nach heftigen Regenfällen oft drastisch schnelle Wasserpegelanschwellungen.

Das sind die Vorboten der Flutwellen in den großen Strömen, die mit den riesigen Wassermengen, die ihnen aus vielen kleinen Nebenflüssen zugeführt werden, nicht fertig werden können, da sie selbst in das Korsett der Schifffahrt gezwängt sind und ihrer natürlichen Retentionszonen (das sind die Flächen, die sonst vom Hochwasser überflutet werden können, ohne daß Städte überflutet werden) beraubt wurden.

Nach mir die Sintflut

Die Katastrophen, die wir in der jüngsten Vergangenheit erlebt haben, waren also schon seit langem absehbar. Die Ursachen sind hausgemacht und haben das typische kapitalistische Nach-mir-die-Sintflut-Wirtschaften zur Ursache: Was im Augen-

Schülerarbeit

Aus dem Leben der Luxus-Kids

Die Lehrer rätseeln, warum wir permanent müde und zu nichts zu begeistern sind, wieso häufig die Hausaufgaben fehlen. Sie haben den Eindruck, Schule wäre für viele von uns zur absoluten Nebensache geworden.

Kathrin, Rostock

Kein Wunder, arbeiten doch heute die meisten nach der Schule. Die Begründung hat die Presse schnell zur Hand: „Die Jobs, werden wir hier weiterarbeiten. Das Verdiente verschleudern sie für Klamotten, CDs, Mountain Bikes. Aber das ist nicht allein ihre Schuld. Die Werbung und die Lebensweise der Eltern hat sie zu reinen Konsumkids gemacht!“

Bei uns in Rostock haben allerdings nicht so viele Eltern die Gelegenheit, ihren Kindern Konsumgüter vorzulegen, dafür fehlt es an Barem. Aber wir brauchen die Arbeit, weil wir immer mehr Geld für steigende Fahrpreise und ähnlichen „Luxus“ verschleudern!

Ich, Schülerin, 18 Jahre, wöchentliches Taschengeld von 15 DM, verbringe rund 60 Stunden pro Woche im größten Kino Rostocks. Karten abreißen, Eis reintragen, Getränkeverkauf und gewaltige Putzaufgaben. Eintrittspreise liegen bei 10 DM, eine Cola kostet 3 DM. Ich bekomme 6 DM pro Stunde. Ihr versteht, daß sich da Frust ansammelt?!

Drecksarbeit

Mir mühen 40 andere Aushilfskräfte vor sich hin. Die Jüngsten sind 16. Verrechnen wir uns, zahlen wir die Differenz ans Kino. Logisch. Haben wir Plus und merken dies erst bei der Abrechnung, geht's ebenfalls an Kino. Ein Schuldenausgleich findet nicht statt. Das hat dann nichts mehr mit Logik zu tun.

Unsere Chefs machen uns krank. Wir haben gleich drei davon. Die Tritte, die von oben kommen, geben sie gekannt an uns weiter. Manchmal lassen sie jedoch durchblicken, daß sie

sich oft selber nicht wohl dabei fühlen. Ihr Gehalt ist ebenfalls nicht gerade hoch, die Arbeitszeiten stressen. Wir reden über alltäglichen Kram und kommen ganz gut miteinander aus. Doch der Leistungsdruck macht auf Dauer jeden normalen Umgang miteinander unmöglich.

Schülerbafög

Solange wir nicht einen besser-bezahlten regelmäßigen Job finden, werden wir hier weiterarbeiten, auch für 6 DM die Stunde. Allerdings müssen wir uns gegen diese Ausbeutung wehren, auch wenn das für Aushilfskräfte besonders schwer ist, schließlich betrachtet keiner dies als Job fürs Leben. Außerdem nimmt einen der Arbeitstrott nach der Schule jeden Elan.

Jeder von uns ist den wechselnden Launen unserer Vorgesetzten ausgesetzt. Und nicht wenige verlassen sich darauf. Bisher kann der Besitzer der Rostocker Kinos, Fock, noch auf Personalversammlungen über Teamarbeit labern und uns mit seinen „schwarzen Listen“ Angst machen.

Wir brauchen eine eigene Interessenvertretung, einen Betriebsrat. Die Gewerkschaft muß uns dabei unterstützen, von der Vertragsunterzeichnung bis zur Lohnforderung brauchen wir Hilfe. Wenn wir organisiert wären, müßten wir nicht hilflos fragen, wo die versprochene Provision und warum Schüler X gefeuert wurde.

Schüler und Studenten werden als billige Arbeitskräfte eingestellt. Aushilfskräfte geben den Arbeitgebern somit die Möglichkeit, Vollzeitkräfte, die von so niedrigem Lohn gar nicht leben könnten, einzusparen.

Schüler und Studenten verschleudern jede Menge Kraft, die wir eigentlich zum Lernen bräuhchten, bei irgendwelchen unterbezahlten Jobs. Die Lösung wäre in meinen Augen nur ein Schüler- und Studentenbafög von mindestens 1200 DM im Monat für alle ab 16, damit wir unsere „Konsumgüter“ so richtig ausleben können. ■



Köln im Rhein: Zwei Jahrhunderthochwasser in 13 Monaten!

blick Profite für Unternehmen bringt, ist immer gut. Mit den Folgen muß sich dann eine andere Behörde, eine andere Regierung, ein anderes Land oder eine andere Generation befassen.

Im Kapitalismus ist auch kein Ausweg aus diesen Praktiken denkbar. Erst wenn die Men-

teuer zu stehen kommen, wenn dadurch das ökologische Gleichgewicht gestört wird. In der Frage der Hochwasserkatastrophen kann man nicht einmal entscheidend unterscheiden, niemand hätte die Folgen absehen können, denn die Warnungen der Kritiker sind seit Jahrzehnten dokumentiert. ■

Komitee für eine Arbeiterinternationale

Die SAV - Teil einer internationalen Organisation

Die Konzerne kennen keine Grenzen, wenn es darum geht, Profite zu machen. Sie lassen Kleidung in China unter sklaverähnlichen Bedingungen produzieren, sie investieren in Indonesien, wo die Diktatur den ArbeiterInnen jegliche demokratische Rechte verweigert.

Gleichzeitig wollen sie, daß wir uns mit deutschen Unternehmen mehr verbunden fühlen als mit Arbeitern in Tschetschen oder Japan. Wir sollen bereit sein, für weniger Geld mehr zu arbeiten - um die Konkurrenzfähigkeit „unserer“ Betriebe und den „Standort Deutschland“ zu sichern.

In den Ländern der Europäischen Union werden soziale und ökologische Standards mit dem Argument gesenkt, daß man „für Europa“ werden muß. In allen Ländern regt sich Widerstand. Doch solange es Unternehmer und Regierungen schaffen, diesen voneinander zu isolieren und die ArbeiterInnen gegen die anderer Länder auszuspielen, wird es immer wieder zu Niederlagen der Arbeiterbewegung kommen.

Kämpfe verbinden

Die Gegenwart muß international zusammengefaßt werden. Doch die im Europäischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften verteidigen die Interessen ihrer nationalen Wirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf, anstatt die Gegenwart grenzübergreifend zu organisieren und der Spaltung entgegenzuwirken. Die Parteien der „Sozialistischen Internationalen - SI“ wie die SPD sind auf den Kurs der bürgerlichen Parteien un-

geschwenkt, sitzen selbst in Regierungen und organisieren den Sozialabbau.

Die SAV ist mit ihren Schwesterorganisationen im Komitee für eine Arbeiterinternationale - KAI zusammengeschlossen. Diese Organisation wurde 1974 von Gruppen aus vier Ländern gegründet und umfaßt heute über 20 Sektionen auf allen Kontinenten. Mit dem KAI wollen wir eine Organisation aufbauen, für die „Internationalismus“ nicht nur ein schöner Spruch für Sektorempfänge ist wie für die Büro-

für viele Jugendliche zu einem Begriff geworden ist und unzählige Demonstrationen und Aktionen gegen Faschisten organisiert hat, angefangen mit einer europaweiten Demo 1992 in Brüssel mit 40 000 Teilnehmern. Bei der Welle von Schülerbewegungen in Europa 1987 haben wir unter der Parole „Madrid, Paris...“ die Rundreise einer spanischen Genossin organisiert, die über den Kampf der dortigen Schülergewerkschaft berichtete und damit auch die Bewegung in Deutschland ermutigte.



Die Zeitungen der Sektionen aus Frankreich, Südafrika, Britannien und Indien

kraten der SI, sondern Anleitung zum Handeln.

Die europaischen Sektionen des KAI haben mit der Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE eine internationale antirassistische Jugendorganisation aufgebaut, die innerhalb von zwei Jahren

Entscheidend wird sein, die betrieblichen Kämpfe miteinander zu verbinden. Daher haben wir begonnen, die Aktivitäten von GenossInnen, die im Automobilbereich arbeiten, zu koordinieren. Außerdem wird im Frühjahr ein britischer Genosse aus dem Gesundheitswesen nach

Deutschland kommen, um über den dortigen Widerstand gegen Privatisierung zu berichten.

Nicht nur Europa

In Pakistan, Sri Lanka, Indien, Chile, Brasilien, Mexiko und Nigeria kämpfen unsere Schwesterorganisationen gegen die einheimischen Unternehmer und Großgrundbesitzer und den Würgegriff des Imperialismus, der diese Länder ausquetscht. In Rußland arbeiten unsere Mitglieder unter den Bedingungen eines rapide sinkenden Lebensstandard. Der „Raubritter-Kapitalismus“ von Jelzin und Co. hat zu barbarischer Armut und zum Zerfall der Gesellschaft geführt.

In Schweden steht der Arbeiterführer gegen die Zerschlagung sozialer Leistungen, in Frankreich verteidigt die Gauche Revolutionnaire die demokratischen Rechte von arabischen Frauen und Mädchen, in Britannien war die Führung von Militant Labour ausschlaggebend für den Sieg gegen die ungerechte Kopssteuer, die poll tax.

Durch Solidaritäts-Kampagnen mit Genossen, die in diktatorischen und halb-diktatorischen Staaten im Gefängnis saßen, konnten wir erreichen, daß die Fälle breit öffentlich bekannt wurden, die GenossInnen schneller freikamen, wie in Nigeria, oder eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen durchsetzen, wie in Israel. Durch finanzielle Hilfen aus den „reichen“ Ländern können die Gruppen in den armen Ländern ihre Arbeit verbessern und an Diskussionen mit europaischen oder amerikanischen Gruppen teilnehmen, was sonst nicht möglich wäre. Durch die gemeinsame Diskussion und Praxis verfügt unser

Kampffonds

Fast so vielfältig wie die Angriffe von Kohl, Kinkel und Kapital auf unsere Geldbeutel, waren die Aktivitäten von SAV-Gruppen dagegen.

Georg Kimmel, Köln

In Bremerhaven sammelte die SAV-Ortsgruppe Unterschriften und Spenden für ihre Kampagne gegen Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV. In Köln und Aachen setzte die SAV die Kampagne gegen Abschreibungen fort und sammelte Geld für den Druck von Flugblättern und die Organisation einer Demo.

Während der DGB-Vorsitzende für seinen Angriff auf den freien Samstag den Beifall des Unternehmens fand, suchten und fanden SAV-Mitglieder Unterstützung für die Forderung „Samstag frei - bleibt dabei!“ sowohl bei warnstreikenden Metalletern als auch bei Infoständen auf der Straße. Gute Erfahrungen wurden auch mit dem Verkauf eines,

re Internationale über einen großen Schatz gemeinsamer Erfahrungen der eine viel klarere Diskussion über Perspektiven und Strategie ermöglicht als bei linken Gruppen, die sich auf ein Land beschränken.

Die Mitglieder der SAV sind stolz darauf, dem Komitee für eine Arbeiterinternationale anzugehören. Jeder/die/dar bei uns mitmacht, trägt finanziell und politisch dazu bei, daß die Internationale stärker wird.

Sozialismus international

Die Weltwirtschaft ist so zusammengewachsen, daß kein Land in dem die ArbeiterInnen längerer Zeit in einer feindlichen kapitalistischen Umwelt durchhalten könnte. Selbst für die BRD, eines der meisten entwickelten Länder, würde der Versuch, wirtschaftlich unabhängig zu werden, alle Kräfte aufzuheben und die wirtschaftliche Basis für eine sozialistische Gesellschaft aushöhlen.

Dazu kommen die Umweltkatastrophen, die an keiner Grenze halt machen und mittelfristig das Überleben der Menschheit insgesamt gefährden. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, die Wiederherstellung der Umwelt, die Aufhebung der Unterschiede zwischen den Industrienationen und der „3. Welt“, die Schaffung von menschenwürdigen Lebensbedingungen kann nur im internationalen Maßstab erfolgreich sein. Daher ist es notwendig eine Organisation aufzubauen, die in der Lage ist, eine sozialistische Umwälzung in einem Land zu nutzen, um den Kampf international voranzutreiben.

leicht abgewandeln, Aufklebers gegen Samstagarbeit gemacht. Der Aufkleber stammt aus einer Zeit als auch die DGB-Spitze noch für und nicht gegen den freien Samstag gekämpft hat (Nachbestellungen an die Redaktion).

Zahlreiche Kasseler SAV-Unterstützer beteiligten sich als Wahlhelfer und spendeten 860 DM für den KF. Insgesamt sammelte die SAV in Kassel im Februar 1800 DM für den Kampf-fonds.

Zur Unterstützung der KollegInnen in der anstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst brauchen wir Geld, z. B. zum Druck dieser Zeitung und zum Druck von Flugblättern.

Spendenkonto: VORAN

Kto.-Nr. 2500 59-430
Postgiroamt Essen,
BLZ 360 100 43,

Werde Mitglied der SAV!

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, dem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

InfoTelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Anzeige
"Ohne Illusionen"
44 Gedichte von Matthias Nabel, SAV-Mitglied aus Thüringen.
Aus dem Vorwort: „Vor dir liegt ein Versuch revolutionäre Kultur zu schaffen. Revolutionäre Kultur kann nicht 'schön' sein, weil sie die Pflicht hat, die alltägliche Barbarei ohne Schminke darzustellen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks noch hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert“ (Karl Marx).
Revolutionäre Kultur muß schön sein, wenn sie lebendig sein soll. Aber es handelt sich dabei nicht um die „Schönheit“ des bürgerlichen Geschmacks, die zumeist steril und leblos ist.“
Bestellungen an die SAV-Bundeszentrale, der Gewinn kommt dem SAV-Kampffonds zugute. Preis und Versandkosten bitte erfragen.
Zivilisation
Ihr Herren der Industrie Und der Staatsgewalt Seid sehr stolz Auf eure Zivilisation Ihr duldet keine Barbarei Ihr laßt es nicht zu Daß sich eure Untertanen Wegen Kleingeld zerrfleischen Nur höhere Werte Erheben das Abschachten Von Menschen Zur höchsten Tugend Eurer Zivilisation



Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Das Versagen der SPD 1914 ★ die Deutsche Revolution 1918 ★ die verpassten Chancen der KPD ★ wer brachte Hitler an die Macht ★ der 2. Weltkrieg H. Der Generalstreik 1948 ★ Krise und große Koalition 1966 ★ Revolution und Kontrorevolution in der DDR 1989/90
Format A4, 52 Seiten, Preis 4,50 DM + 1,50 Porto, Bestellungen an die Redaktion VORAN.

Sozialistische Alternative VORAN

Treffen der Ortsgruppen und Veranstaltungen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Berlin

Infos und Termine der Ortsgruppen bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen

Bremerhaven

Jeden Montag, 19 Uhr, Freizeitheim Lehe-Treff, Eupener Str. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 20 09 92

Kassel

OG West: jeweils freitags, 18 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Str. 175 (gegenüber der Stadthalle)
OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schleierhof, Normbacher Str. 12
OG Wehlheden: jeden Sonntag, 18 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91

Köln

Jeden Montag, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (Nähe U-Bahn Eberplatz)
Infos unter: 02 21 / 13 45 04

Krefeld

Jeden Mittwoch, 16.30 Uhr, Kurdisches Volkshaus, Hansa-Str. 83 (Nähe Hauptbahnhof)
Weitere Infos über die Bundeszentrale

Freiburg

Sonntag, 11., 12., 19.30 Uhr, „Lehrstellenabbau in Freiburg“
Infos über Ort und weitere Termine unter 07 61 / 4 16 32

Frankfurt/Main

Infos über Ort und Termine unter 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9, Thema am 15. 3.: „Für soziale Bildungspolitik“
OG Süd-West: jeden Dienstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heschel (Böblinger Str. 92), Thema am 14. 3.: „Nordland“
OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord, Thema am 21. 3.: „ÖTV-Tariffrage“
Weitere Infos unter 07 11 / 2 23 82 14

Aachen

OG Nord: jeden Montag um 13 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18, Thema am 13. 3.: „Der Jugend eine Zukunft, stoppt die Kürzungen im Bildungsbereich“
Stadtverband: Dienstag, 14. 3.: „Niederung des Kapitalismus und der Kampf um den Sozialstaat“, Che-Haus, Ponstr. 41
OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Ponstr. 41, Thema am 21. 3.: „Sozialreform oder Revolution“
OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Krautmühle, Trierer Str. 16
Weitere Infos unter: 02 41 / 50 86 85

Siegen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main

Infos über Ort und Termine unter 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9, Thema am 15. 3.: „Für soziale Bildungspolitik“
OG Süd-West: jeden Dienstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heschel (Böblinger Str. 92), Thema am 14. 3.: „Nordland“
OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord, Thema am 21. 3.: „ÖTV-Tariffrage“
Weitere Infos unter 07 11 / 2 23 82 14

ABONNIERT VORAN!

zehne Ausgaben zu 18,- DM

zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln



Werde Mitglied der SAV!

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, dem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

InfoTelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Geschichte der Türkei

1923 – Unter der Führung bürgerlich-nationalistischer Offiziere um Mustafa Kemal Atatürk, die sich in der CHP zusammenschließen, wird die Türkei gegründet.

1925 – Ein Kurden-Aufstand wird niedergeschlagen, den Kurden werden jegliche Autonomie-Rechte verweigert.

1945-75 – Schnelle Industrialisierung, Wachstum der Stadtbevölkerung von 18,3 auf 41,7 Prozent der Gesamtbevölkerung, Wachstums Istanbul um das Fünzehnfache.

60er Jahre – Eine CHP-Regierung unter İnönü liberalisiert das Streikrecht. Die klassenkämpferische DISK, Föderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften, wird gegründet.

1970 – Massenstreiks, Landbesetzungen und kurdische Demonstrationen für Autonomie. Massendemonstrationen verhindern ein geplantes Verbot der DISK.

1971 – Das Militär putscht, kann sich jedoch nur bis 73 an der Macht halten.

1976 – 500 000 Arbeiter durchbrechen in Istanbul das seit 1925 bestehende Verbot, den 1. Mai zu feiern.

1977 – Am 1. Mai demonstrieren 1 Million ArbeiterInnen in Istanbul, ein faschistischer Terroranschlag tötet 36 von ihnen. Die sich inzwischen als sozialdemokratisch und links gebärdenden CHP erzielt einen Erdnutsch-Wahlsieg.

1980 – Zuspitzung der Wirtschaftskrise. Faschisten verbren Terroranschläge. Die CHP-Regierung bricht zusammen, die DYP (ehemals Demokratische Partei) übernimmt zusammen mit der faschistischen Nationalen Aktionspartei die Regierung. Die Inflation liegt bei 400 Prozent. In Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär und Arbeiteraufstand. Das Militär schlägt ihm erst mit Hilfe von Truppen aus anderen Landesteilen nieder. Die Arbeitskämpfe bleiben jedoch vertetzt, es gibt keine landesweite Koordinierung. Im Sommer treten 300 000 DISK-Mitglieder in den Streik.

12. September 1980 – Reaktionäre Offiziere putschen. 100 000 kommen ins Gefängnis, 500 Oppositionelle werden hingerichtet. Die DISK und linke Organisationen werden verboten und zerschlagen. Der bewaffnete Kampf der PKK in den kurdischen Bergen beginnt.

1983 – Erste Wahlen nach dem Putsch. Die konservative Mutterlandspartei unter Özal gewinnt.

80er Jahre – Durch den massiven Einsatz der türkischen Armee kommt es in Kurdistan zum vollständigen Krieg.

1986 – Wiederbelebung der Arbeiterbewegung. In der staatlich kontrollierten Gewerkschaft Türk-İs entsteht Opposition.

1991 – Massenbewegungen der Arbeiterklasse gegen Entlassungen und den sinkenden Lebensstandard. Die Bergarbeiter von Zonguldak führen einen Protestmarsch nach Ankara. Offiziell wird die Unterdrückung der Kurden gelockert, doch der Krieg geht weiter.

1992 – Eskalation des Kurden-Krieges durch Bombardierung von Dörfern und Städten. Koalitionsregierung aus DYP und SHP (heißt nach einer Fusion jetzt CHP).

1994 – Massenstreiks gegen Privatisierung.



20 000 demonstrierten Anfang 94 in Zonguldak gegen die Regierung

Parteien und Organisationen

DYP – Partei des rechten Weges, konservative Regierungspartei von Tansu Çiller, hauptverantwortlich für Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und den brutalen Krieg in Kurdistan.

CHP – Republikanische Volkspartei. Sozialdemokraten, im Schleppland des Koalitionspartners DYP. Die CHP liegt in den Meinungsumfragen bei bei nur 10 Prozent.

Refah – Wohlfahrtspartei (Islamische Fundamentalisten, profitieren von der sozialen Krise und dem Haß auf die Regierung. Mit 25 Prozent stärkste Kraft in den Meinungsumfragen. Sie stellt die Bürgermeister in Istanbul und Ankara.

MHP – Partei der nationalen Bewegung, faschistische Organisation von Hitler-Verehrer Alparslan Türkeş. Aus ihr kommen die „Grauen Wölfe“, Schläger, die für Morde an Gewerkschaftern und Linken verantwortlich sind. Von der Unzufriedenheit profitiert auch die MHP.

PKK/ERNIK – Arbeiterpartei Kurdistan/Nationale Befreiungsfront Kurdisch. Setzt vor allem auf die maoistisch-stalinistische Strategie des Guerilla-Kampfes. Verfügt über mindestens 20 000 Bewaffnete. Die PKK ist die Massenorganisation vor allem der Bauern im Südoosten der Türkei.

DISK – Revolutionärer Verband der Arbeitergewerkschaften, kämpferischer linker Verband, ist beim Putsch 1980 verboten und dann zerschlagen worden.

Türk-İs – Dachverband der türkischen Gewerkschaften. Von Arbeitgebern und Militär ursprünglich als staatsneues Gegenstück zur DISK aufgebaut, mußte unter dem Druck der ArbeitInnen aber in Kämpfe eintreten.

Pulverfaß

Rekordinflation von 125 Prozent, eine schrumpfende Wirtschaft und eine Bevölkerung, die sich das nicht wehrtos gefallen läßt. Islamische Fundamentalisten führend in den Meinungsumfragen, ein teurer und nicht gewinnbarer Krieg gegen die Kurden. Kalter Krieg gegen Rußland. Die Zeitung der europäischen Banker und Bonzen, die *Financial Times*, sorgt sich: „Bereits jetzt ein bohrender Schmerz, könnte die Türkei noch vor Jahresende zu einem der schlimmsten Krisenherde Europas werden.“

Ausweg aus Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. „Wir haben alle anderen ausprobiert, warum nicht sie probieren?“ – so ein junger arbeitsloser Bauarbeiter, der allerdings im nächsten Atemzug jedes persönliche Interesse an Religion verneinte.

Die faschistische „Partei der nationalen Bewegung“ (MHP, die „Grauen Wölfe“) hat nach Umfragen von 5 auf 13 Prozent

„Die immer schneller galoppierende Geldentwertung zehrt an den Einkommen der Arbeiter, weil die Löhne und Gehälter nicht annähernd mit dem Preisauftrieb Schritt halten. Mehr und mehr Bürger suchen deshalb Zuflucht in harten Devisen, um ihre Ersparnisse zu schützen. So löste die Bekanntheit der jüngsten Inflationszahlen einen Ansturm auf die Wechselstuben aus. Manche Türken scheinen in Panik zu geraten: Sie verkaufen Haushaltsgeräte, Möbel und Autos, um den Erlös in Dollar oder Mark anzulegen.“



Rundschau Anfang Januar.

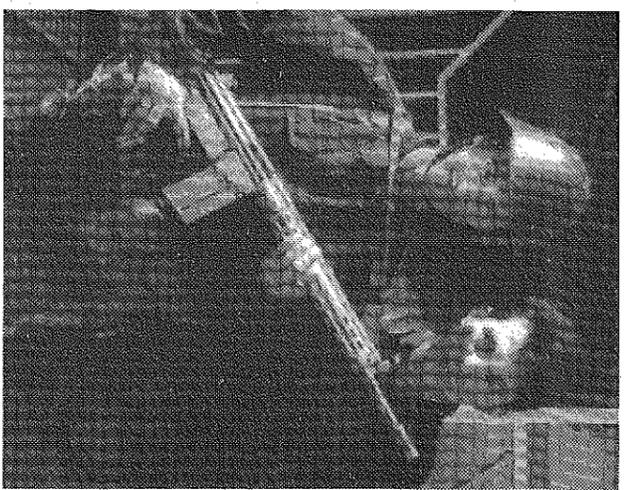
Kein Wunder, daß sich die Arbeiter von der Regierung unter Ministerpräsidentin Tansu Çiller betrogen sehen. Sie hatte bei Amtsantritt vor drei Jahren versprochen, die Inflation zu drücken, die damals noch bei 65 Prozent lag. Nicht nur hat sich die Preissteigerung auf 125 Prozent verdoppelt, auch schrumpft die Wirtschaft – allein um 6 Prozent in den ersten 9 Monaten von 1994.

Die Antwort der Regierung ist ein Kürzungs- und Privatisierungsprogramm, um die Krise auf den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. So werden beispielsweise in der Eisen- und Stahlfabrik von Zonguldak am Schwarzen Meer 7000 der 8700 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlieren. Nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) könnte die Arbeitslosigkeit bis Mitte 1995 von 1,8 Millionen (9 Prozent) auf 2,5 Millionen ansteigen. In den Großstädten liegt sie schon jetzt bei 13 Prozent – offiziell, denn die Millionen Slumbewohner am Rande der großen Städte tauchen in keiner Statistik auf.

Aus Angst vor der Reaktion der Arbeiter hat sich die DYP-Regierung erst im April 94 dazu durchringen können, das vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangte Sparpaket zu beschließen. Aber das Verramschen der Staatsbetriebe stopft die Lächer in der Staatskasse nicht. Die Erlöse erreichten 1994 nur rund ein Viertel der angestrebten 2,1 Milliarden US-Dollar. Das Ziel für 1995 müßte von 18 auf 5 Milliarden Dollar gesenkt werden. Zum Vergleich: Allein der Krieg gegen die Kurden kostet schätzungsweise zwischen 8 und 10 Milliarden Dollar jährlich (30 bis 35 Prozent der Regierungseinnahmen).

Außenpolitische Abenteuer

Die türkische Regierung versucht, der inneren Krise durch Muskelspiel nach außen und na-



Deutsche Waffen im Einsatz in Kurdistan. Links der Helm aus NVA-Beständen und das G3-Gewehr von Heckler & Koch. Oben ein Schützenpanzer, noch mit Nachtsichtkreuz (siehe Pfeil) und Rückspiegel in nach der deutschen Verkehrsordnung ausgestattet. Ganz oben ein deutscher BTR 80 an einer Straßensperre.

tionalistischer Hetze zu begegnen, sie treibt die Eskalation im Krieg gegen die Kurden weiter, trotz der hohen finanziellen und politischen Kosten. Kürzlich hat die Europäische Union die Aufnahme der Türkei in die Zollunion abgelehnt. Die angebliche Sorge um die Menschenrechte wird von den europäischen Großmächten als Vorwand benutzt, um die Türkei in ihre Schranken zu weisen und ihr außenpolitische Zugeständnisse abzuwehren, zum Beispiel in der Frage des zur Hälfte türkisch besetzten Zyperns.

Gleich zu Beginn des russischen Angriffs auf Tschetschenien hat die Türkei massiv protestiert und Hilfsflüge für die tschechenische Bevölkerung in die Wege geleitet. Dahinter steckt nicht etwa ein plötzlicher Anflug von Menschentreue und Lichkeit, sondern das Streben nach Einfluß und Kontrolle über die ehemaligen vorderasiatischen Sowjetrepubliken und ihre reichen Öl- und Erdgasvorkommen.

Das NATO-Land Türkei ist dabei ein Brückenkopf für die USA, hat natürlich aber auch ein-

gene Interessen. Im Kaukasus haben bereits im letzten und Anfang dieses Jahrhunderts das Osmanische und das Russische Reich blutige Kämpfe ausgefochten.

Fundamentalisten auf dem Vormarsch

Die außenpolitische Aggressivität ist ein Zeichen innerer Schwäche. Die Unterstützung für die Regierungskoalition aus Çillers „Partei des rechten Weges“ (DYP) und Sozialdemokraten (CHP) ist zusammengebrochen.

Jetzt führt die islamisch-fundamentalistische „Wohlfahrtspartei“ (Refah) mit bis zu 25 Prozent die Meinungsumfragen an und regiert seit den Kommunalwahlen im letzten März Istanbul und Ankara, die beiden größten türkischen Städte. Sie will wie die FIS in Algerien die Türkei zu einem islamischen Staat umwandeln. Das Wachstum des islamischen Fundamentalismus zeigt den völligen Bankrott der kapitalistischen Politiker und ihres Systems. Die Menschen suchen verzweifelt nach einem

zugelagt. Die Faschisten haben Verbindungen mit der Regierung und mit Polizei und Justiz bis in die obersten Ebenen. Trotz allem Gerede von „Demokratisierung“ ist die Türkei weltweit einer der Staaten mit der schärfsten Unterdrückung von politischer Opposition. Und das gilt nicht nur für den Krieg gegen die Kurden. Auch im Westen der Türkei drohen Linken und gewerkschaftlichen Aktivisten Folter und Gefängnis.

Dieses Jahr könnte es vorzeitig Neuwahlen geben. Ministerpräsidentin Çiller wäre bereit, die Koalition mit der CHP aufzukündigen und mit der MHP eine neue Regierung zu bilden.

Arbeiter verlieren Geduld

Die sozialdemokratische CHP wird oder besser gesagt wurde von den Arbeitern als ihre Partei gesehen. Seit sie in der Koalitionsregierung die arbeitende Klasse Politik mitträgt, ist ihre Unterstützung weg. Nach Umfragen bekommt sie noch 8 Prozent, im Vergleich zu über 20 Prozent bei den letzten Wah-

Türkei

len im Herbst 1991.

Es gibt keine politische Kraft, die der arbeitenden Bevölkerung eine Perspektive bietet. Nationalismus und islamischer Fundamentalismus stoßen in dieses Vakuum.

Aber dies ändert nichts daran, daß die Arbeiter sich gegen die Angriffe der Regierung wehren. Im letzten Juli und im Dezember gab es jeweils einen einseitigen Streik, am dem eine Million Staatsangestellte und 500 000 andere ArbeiterInnen teilnahmen. Unter anderem wurde die Anerkennung der linken DISK-Gewerkschaften gefordert, die beim Militärputsch 1980 verboten worden waren. Die Regierung machte das Zugeständnis, den Staatsangestellten das Recht auf gewerkschaftliche Organisation zuzugestehen, allerdings ohne Streikrecht.

Aber das Streikrecht nehmen sich die Arbeiter selbst. Die

Privatisierung der Eisen- und Stahlindustrie wurde durch große Streiks und Demonstrationen der Arbeiter und ihrer Familien beantwortet. Streikende Telefonarbeiter störten den Betrieb der Börse.

Die türkische Arbeiterklasse ist sehr jung und hat kämpferische Traditionen aus den 60er und 70er Jahren. Gewaltige Machproben zwischen der türkischen Kapitalistenklasse und den Arbeitern stehen bevor. Die Türkei ist ein Schlüsselland an der Nahtstelle zwischen der arabischen Welt, Asien und Europa. Wenn die türkischen Arbeiter zu den richtigen Schlußfolgerungen kommen und das Programm der sozialistischen Revolution breite Unterstützung findet, kann die Türkei ein Ausgangspunkt für den Sturz des Kapitalismus in der Region und in ganz Europa werden. ■

sprengt, drei Journalisten starben. Die Feuerwehr griff erst spät ein, Polizisten verhafteten Überlebende des Anschlags!

PKK-Terror?

Die türkische und die deutsche Regierung begründen ihr Vorgehen damit, daß sie nur auf den Terror der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karakeren Kurdistan - PKK) reagieren würden. Dies ist eine Propagandalüge! Die PKK ist keine terroristische Organisation. Sie hat die breite Unterstützung der kurdischen Massen, vor allem in den ländlichen Gebieten. Das wurde bei den Newroz-Feiern 1992 und 1993 deutlich, als es in ganz Kurdistan Massendemonstrationen gab.

Die PKK hat eine reguläre Armee mit mehreren zehntausend Bewaffneten. Sie ist keineswegs mit dem Gripochen individueller Terroristen der RAF vergleichbar, sondern ist eine Massenorganisation des kurdischen Volkes, ähnlich dem ANC in Südafrika oder der PLO in Palästina.

Die PKK terroristisch zu nennen, dient ausschließlich der Rechtfertigung des Vorgehens des Staates gegen das kurdische Volk. Auch die PLO wurde als terroristisch bezeichnet, solange die Strategie des Imperialismus nicht auf eine Verhandlungslösung zielt. Heute ist Arafat Friedensnobelpreisträger, seine früheren „Unta-

Ausnahme wird jedoch bei den „patriotischen“ - PKK-freundlichen - Landgeheimen gemacht. Diese sollen nicht völlig enteignet werden. Ebenso wird nicht die Enteignung der kurdischen Industriellen und Großhändler gefordert (Parteiogramm der PKK, 1984).

Das Programm der „PKK bleibt im kapitalistischen Rahmen, sie kämpft für ein bürgerliches Kurdistan. Ein unabhängiges kapitalistisches Kurdistan würde aber die Probleme des kurdischen Volkes nicht lösen.“

Beispiel Palästina

Die Entwicklungen in Israel/Palästina sind dafür ein Beispiel. Aufgrund des jahrelangen Palästinaser-Aufrandes, der Intifada, war der Staat Israel gezwungen, den Palästinensern die heute geltende Teilautonomie zu gewähren. Der Kapitalismus wurde aber in den palästinensischen Gebieten nicht angezettelt, die grundlegenden Probleme nicht gelöst. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Einkommen sind gesunken. Die Massenproteste gehen weiter - nur wird heute von PLO-Polizei auf die demonstrierende Jugendlichen geschossen und nicht mehr von israelischen Soldaten.

Die Entwicklungen in Südafrika sind ähnlich. Die schwarze Arbeiterklasse hat einen großen Sieg errungen, aber die Ausbeutung durch die weißen Kapitalisten geht weiter. Wenn jetzt einige schwarze Kapitalis-

ten hinzukommen, wird die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung auch nicht besser.

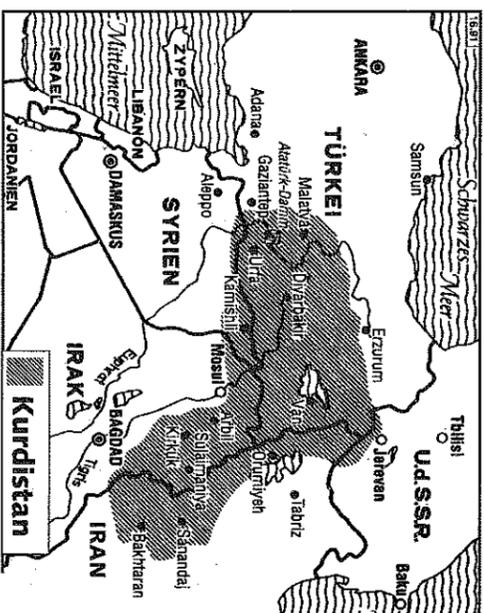
Auch in Kurdistan wäre das kurdische Bürgertum zu schwach, um die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Ihre Verquickung mit den Großgrundbesitzern würde eine wirkliche Landreform verhindern. Die Abhängigkeit eines kapitalistischen, wenn auch freien, Kurdistan vom Weltmarkt würde sozialen Fortschritt unmöglich machen. Die Kurden werden nicht nur als Volk, sondern auch sozial unterdrückt. Die Südosmanen ist unterentwickelt gehalten worden, besitzt kaum eine industrielle Basis, sondern dient nur als Reservat billiger Arbeitskräfte für die Industrien im Westen.

Der heutige Kapitalismus bietet keinen Spielraum für soziale Fortschritte in neu entstande-

nen bürgerlichen Staaten. Die Krise der „Schwellenländer“ - angeblieh an der Schwelle zu entwickelten Industriestaaten - zeigt genau dies. In Mexiko, Brasilien und Argentinien fällt der Lebensstandard der arbeitenden Massen mit enormer Geschwindigkeit.

Deshalb muß der Kampf gegen die nationale Unterdrückung Kurdistans mit dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung verbunden werden.

Die Stärke des türkischen



Staates ist die Unterstützung für seine Kurdenpolitik in der türkischen Bevölkerung. Nach dem Waffenstillstandsangebot der PKK 1993 haben zwar nach Umfragen 45,1 Prozent der Bevölkerung erklärt, sie würden das Angebot gutheißen, doch die PKK wird von der breiten Mehrheit der türkischen Bevölkerung abgelehnt.

Das liegt einerseits an der Propaganda der Regierung und der Medien. Andererseits trägt die PKK selber durch ihre nationalstaatliche Politik Verantwortung dafür. Ihre Anschläge in der Westtürkei und ihre Beschränkung auf „kurdische Politik“, daß Sich-Kaushalten aus den Problemen der türkischen Arbeiterklasse vertiefen den Graben zwischen den türkischen und kurdischen Arbeitern und Bauern.

Spaltung in der Türkei

Es gäbe viele Möglichkeiten für einen gemeinsamen Kampf von Kurdmännern und Türkmännern. Die Türkei steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. In den letzten Jahren haben die türkischen Arbeiter wieder verstärkt gekämpft. Eine neue Generation von ArbeiterInnen, unbelastet von der schweren Niederlage von 1980 (Militärputsch und Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung), ist in den Betrieben. Dabei machen sie vielfach auch die Erfahrung eines repressiven Vorgehens der Polizei. Diese Erfahrungen in werden viele ArbeiterInnen in die Opposition zum türkischen Staat treiben.

Gleichzeitig leben und arbeiten Millionen Kurden in Istanbul, Ankara und Izmir. Sie nehmen einerseits an den Arbeits-

stellen Regimes und Ausbeutung verbindend. Das Ende der nationalen Untertückung und die Erkämpfung des Selbstbestimmungsrechtes mußte keine weitere Aufspaltung der Region bedeuten, sondern wäre die Grundlage für einen freiwilligen Zusammenschluß der Staaten der Region, für eine sozialistische Föderation, die gemeinsam das wirtschaftliche Potential nutzen und die Befreiung von imperialistischer Kontrolle erreichen würden. ■

Welche Lösung für Kurdistan?

Der Krieg in Kurdistan ist eins der zentralen Themen für Sozialisten in der Türkei. Die Arbeiterpartei Kurdistans - PKK ist die größte linke Organisation in der Türkei. Sascha Stanicic beschreibt Hintergründe des Konflikts und die sozialistische Kritik an der PKK.

Mit 25 bis 30 Millionen sind die Kurden das größte Volk ohne eigenen Staat. Kurdistan ist auf die Türkei, den Irak, Iran und Syrien aufgeteilt. 15 Millionen Kurden leben in der Türkei, ein Viertel der türkischen Bevölkerung.

Seit der Gründung der türkischen Republik 1923 unter der Führung Kemal Atatürks werden die Kurden verfolgt. Ziel der türkischen Regierung unter

Das Programm der PKK bleibt im kapitalistischen Rahmen. Ein unabhängiges, kapitalistisches Kurdistan würde die Probleme des kurdischen Volkes aber nicht lösen.

Atatürk war die Zerstörung der kurdischen Identität. Familien-, Dorf- und Stättenamen wurden geändert, kurdisch als Schrift- und Amtssprache verboten, Kulturgüter wie Bücher und Denkmäler zerstört. Bis in die 90er Jahre wurde die Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei offiziell geleugnet. Die Kurden wurden als „Bergtürken“ bezeichnet.

Staatsterror!

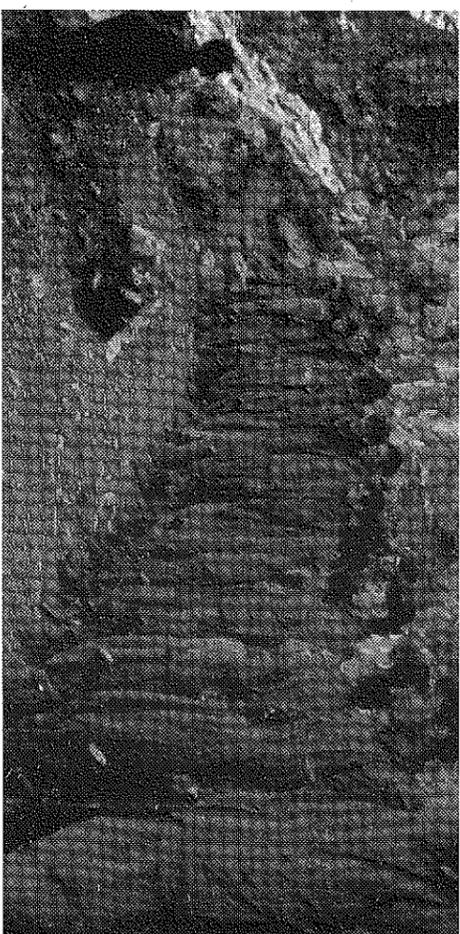
Zwar wurden mit dem Golfkrieg 1991 und der westlichen Kampagne gegen die irakische

nen auseinandergerissen und die Basis für den Widerstand zerstört werden. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Die Luftwaffe fliegt Angriffe gegen Dörfer, in denen sich angeblich PKK-Einheiten aufhalten. Seit 1984 sind mindestens 12 000 Menschen getötet worden.

Kurdische Politiker und Journalisten werden auch in der Westtürkei von staatlichen oder halbstaatlichen Todesschwadronen bedroht. Das Istanbul Büro der pro-kurdischen Zeitung *Özgür Ülke* wurde von Agenten der Regierung ge-

der dieser Kampf geführt wird.

Die maoistisch-stalinistische PKK will zuerst die nationale Befreiung durchführen und dann weitersehen. Sie bezeichnet sich zwar als sozialistische Partei, vertritt in Wirklichkeit jedoch eine nationalstaatliche Position. Ihr wirtschaftliches Programm drückt sich unklar aus, welche Maßnahmen sie nach einer möglichen Machtergreifung durchführen will. So soll zwar der „kolonialistische“ - türkische - Landbesitz und auch sonstiger Großgrundbesitz enteignet und an die armen Bauern verteilt werden, eine



Um den Sieg zu erringen mußte die PKK auch Kurden und Türken in den Städten organisieren

USA: Wer rückt nach rechts?



Noch mehr „law and order“ unter den Republikanern

Seit November 94 haben die Republikaner, darunter viele Rechtsextreme, erstmals die Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Die Medien in Europa reden von einem Rechtsruck der US-Gesellschaft, einer neuen Epoche des reaktionären christlichen Fundamentalismus.

Oliver, Kassel

Oberflächlich betrachtet scheinen die Republikaner mit ihren erzkonservativen Kampagnen gegen Einwanderer und Sozialmißbrauch die Stimmung im Land getroffen zu haben. Aber dem massiven Rechtsruck im politischen Establishment entspricht kein allgemeiner Rechtsruck in der Gesellschaft. Im Gegenteil, die Gründung einer neuen Partei rückt näher, einer

Gewerkschafter und BewohnerInnen der Großstadt-Chettos blieben der Wahl fern. Die Wahlbeteiligung lag bei 39 Prozent. Die Republikaner errangen mit nur 19 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten einen Edrutschsieg.

Selbst eine republikanische Wahlforscherin stellte fest: „Die Ergebnisse zeigen keine besondere Verbundenheit mit einer bestimmten Partei. 1992 haben die Wähler die Republikaner bestraft, 1994 die Demokraten. Anschließend sind sie immer noch auf der Suche nach Veränderung.“ 125 Millionen Wahlberechtigte – soviel wie noch nie – sind zuhause geblieben, die Wahlbeteiligung lag bei schlappen 39 Prozent.

Enttäuschung mit Clinton

Noch 1993 hatte Clinton die Präsidentschaftswahl mit Versprechungen gewonnen, Einsparungen bei der Rüstung zu nutzen, um das Bildungswesen zu reformieren, zerfallende Städte wieder aufzubauen und vor allem eine allgemeine Krankenversicherung einzuführen. Noch immer sind 40 Millionen Amerikaner ganz ohne Versicherungs-schutz. Schon jetzt haben die vagen Erwartungen allgemeiner Enttäuschung Platz gemacht.

er versuche, in den 50er Jahren eine Gleichberechtigungsgesetz für Schwarze aufzunehmen.

Newt Gingrich, das neue Flaggschiff der Republikaner, ist jetzt Sprecher des Kongresses und gehört ebenfalls dem rechten Flügel der Republikaner an. Im Wahlkampf präsentierte er deren „Vertrag mit Amerika“. Dieses Programm steht in der Ara Reagan lediglich den Anfang einer „konservativen Revolution“, die jetzt wieder ins Rollen kommen soll. Ein paar schöne Sätze gegen die Selbstverleumdung von Politikern und gegen Korruption sollen den arbeiter- und jugendfeindlichen Charakter verdecken. Der „Vertrag“ steht die Einstellung der Hälfte der Sozialhilfezahlungen vor. Langzeitarbeitslose sollen für den halben Mindestlohn in Arbeitsprogrammen gesteckt werden, die Unternehmer sollen ein Steuererbschenk von 200 Milliarden Dollar erhalten, die Rüstungsausgaben wieder erhöht werden. Doch der Wahlsieg heißt nicht, daß es für solche Pläne breite Unterstützung gäbe – die überwiegende Mehrzahl der US-Bürger würde auf Nachfrage nicht, was der „Vertrag mit Amerika“ eigentlich beinhaltet.

Clinton paßt sich an

Gingrich will nur mit Clinton kooperieren, „solange wie dieser bereit ist, seine unnütze linke Parteilichkeit beiseite zu lassen und uns hilft, den gescheiterten liberalen Wohlfahrtsstaat zu demontieren“. Clintons Kürzungs-politik unterscheidet sich nur wenig von der der Republikaner: Während Gingrich in diesem Jahr 100 Millionen Dollar im Haushalt sparen will, sind es bei Clinton nur 95 Millionen.

Ein demokratischer Anwärter für die Präsidentschaftskandidatur 96 sagte, Clintons offizielle Doktrin sei es, 10 Millionen Arbeitslose zu haben, weil der amerikanische Kapitalismus ohne sie nicht leben könne. Den marktwirtschaftlichen Niedergang fährt der Sprecher des Amts für Statistik in Worte: „Normalerweise erreicht die Zahl der Armen im Jahr nach dem Ende einer Rezession ihren Höhepunkt und nimmt danach ab.“ Dieser Aufschwung ist anders: 1993 war die Zahl der Armen größer als 1992 und auch die Arbeitslosigkeit steigt trotz 4 Prozent Wirtschaftswachstum. Für 1995 wird nun wieder eine Verschlechterung der Wirtschaft erwartet – begrüßt von einem Kursanstieg an der Wall Street.

Vertrag gegen Amerika

So konnten die Republikaner mit 19 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten einen erdrutschartigen Sieg einfahren. 33 Prozent derjenigen, die wählen gehen, unterstützen die christlichen Rechten, die entsprechend an Einfluß innerhalb der Republikaner gewonnen hat. Der 93jährige, stockrote Senator Jesse Helms ist jetzt Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik. Er ist bekannt durch die längste Senatsdauerrede, mit der

Jahren ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 200 000 gestiegen.

Wachsender Widerstand zeigt sich auch auf der Straße: Tausende wurden gegen die Blockaden der Abtreibungskliniken durch konservative Fanatiker mobilisiert, 200 000 nahmen an der größten Demonstration in der Geschichte teil. Die Gewerkschaften sind politisch auch auf der Straße: Tausende wurden gegen die Blockaden der Abtreibungskliniken durch konservative Fanatiker mobilisiert, 200 000 nahmen an der größten Demonstration in der Geschichte teil.

Vor der Gründung einer Labor Party?

Nach den letzten Wahlen startete Ron Carey, Präsident der Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, einen Aufruf zu einer „breiten Koalition all derer, die unter dem Amerika der Unternehmer leiden“. Jesse Jackson meint: „Die Linke kann in der Regel über Clintons Strategie nicht mitentscheiden, doch wir können entscheiden, was wir selber tun. Es ist Zeit, mit der Jammerei über die Schläge der Regierung aufzuhören und ... eine breite Bewegung für die sozialen Rechte der Armen und der arbeitenden Bevölkerung zu organisieren.“

Die Gewerkschaften sind potentiell die stärkste Kraft in den USA: Der AFL-CIO hat 13 Millionen Mitglieder und 55 000 Gewerkschaftsgruppen. Dies könnte der Ausgangspunkt zur Organisierung von Jugendlichen, Stadtteilaktivisten, Arbeitslosen und vielen jetzt abseits von politischer Aktivität stehenden sein.

Zusammen mit anderen Gewerkschaften sind die Unterstützer der VORAN-Schweizerzeitung *Labor Militant* aktiv bei der LPA (Labor Party Advocates – „Fitsprecher einer Arbeiterpartei“), Mittlerweile unter-

Living in the USA

- Seit 1973 sanken die Steuerabgaben für Reiche inflationssbereinigt um 60 Milliarden Dollar, einfache Arbeiter zahlten 70 Milliarden jährlich mehr
- Die Reallöhne sind seit 1979 um 10 Prozent gesunken
- Offiziell leben 37 Millionen unter der Armutsgrenze, 22 Prozent aller Kinder
- Die oberen 20 Prozent der Bevölkerung streichen 44,6 Prozent des Volkseinkommens ein, die unteren 20 Prozent nur 4,4. Das ist die größte Kluft zwischen Reich und arm seit 1947

der Geschichte Stückzahlens teil, um gegen die „Proposition 187“, ein rassistisches Gesetz gegen Einwanderer zu protestieren. Im April erwarteten Washington einen Marsch für Frauenrechte, der eine der größten Kundgebungen in der Geschichte der USA werden könnte. Lokale Organisationen planen viele

terorts Märsche gegen die Kürzungspläne. 61 Prozent der Amerikaner sind der Meinung, Gesichter in Washington auszusprechen religiöse nicht mehr aus, das System müsse geändert werden. Noch fehlt eine politische Kraft, die dieser Einsicht die nötige Durchsetzungskraft verleiht. ■

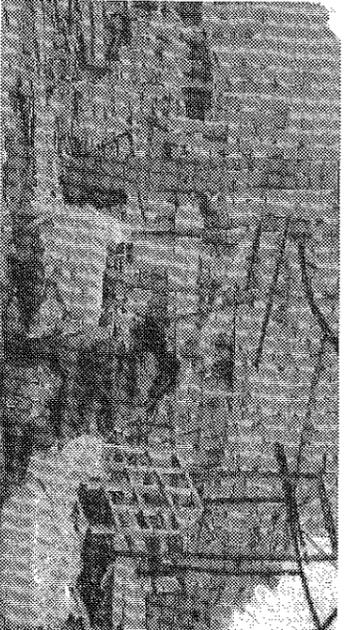
gene Kandidaten – wie es bisher viele Gewerkschaftsfunktionäre wollten – herauskommt und zu einer eigenen Partei werden kann.

Der Widerstand der Gewerkschaftspitzen, ein zukünftiger Schein-Linksruck der Demokraten oder Teile von ihnen könnten die Entstehung einer Labor Party noch hinauszo-gen. Früher oder später wird sich aber die Notwendigkeit einer Interessenvertretung für ArbeiterInnen, Jugendliche und verarmte Familien ohne Arbeit im Aufbau einer eigenen Partei ausdrücken.

Labor Militant kämpft für die Gründung einer solchen Partei mit einem Programm für freie Kranken- und Kinderversorgung; eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich; Verdreifachung des Mindestlohns und ein Programm von 500 Millionen Dollar für öffentliche Sanierungs- und Aufbaumassnahmen und tritt dafür ein, daß eine Labor Party zum Ziel hat, die Macht des Big Business zu brechen, die Konzerne in Gemeineigentum zu überführen und eine demokratisch geplante Wirtschaft aufzubauen. ■

Tschetschenien

Das Morden geht weiter



Nach Grosny werden jetzt umliegende Kleinstädte zerstört

Der russische Imperialismus ist zu den Traditionen des Zarenismus zurückgekehrt. Grobschlächtig, menschenverachtend und verlustreich versucht er, ein kleines Volk im Kaukasus gefügig zu machen.

Geert Möbius, Köln

Grosny ist nur noch ein Trümmerhaufen, in dem noch immer tschetschenische Heckenschützen aktiv sind. Jetzt wird um die umliegenden Dörfer und Kleinstädte gekämpft. Die russische Luftwaffe schreckt nicht einmal vor Bombardierung der mit Flüchtlingen überfüllten Ortschaften zurück.

Orte in der Nachbarrepublik Inguschetien werden offen fallen, die Militärs reden offen davon, diese auch gleich zu besetzen.

Der Widerstand russischer Politiker ist zusammengebrochen, westlichen Regierungen bitten höflich um baldige Beendigung allzu grober Schlägereien.

Offen äußern sich Offiziere über das sinnlose Verbleiben junger Soldaten, doch ihr Haß auf die Führung in Moskau hat bisher nicht zu offenem Widerstand geführt. Es fehlt eine Alternative zu den Mafia-Kapitalisten und ihren Politikern. Eine Soldaten-Revolution im Krieg erfordert die Aussicht auf den Sturz der Re-

gierung, um vor anschließender Repression sicher zu sein.

So wird das Sterben weitergehen. Selbst wenn die tschetschenischen Truppen irgendwann die letzte größere Stadt verloren haben sollten, können sie aus den Bergen heraus noch lange einen Guerillakrieg führen. Rußland ist zu geschwächt, um alle unübenebenen Nationalitäten im Süden und Osten der Russischen Föderation militärisch zu beherrschen und gleichzeitig die unabhängigen Staaten der GUS zu bedrücken.

Ganz abgesehen davon, daß die imperialistische Konkurrenz durch Europa, die Türkei im Bündnis mit den USA oder durch China Rußland von allen Seiten bedrängt. Die Striks der sibirischen Bergarbeiter im Fernen Osten haben aber gezeigt, daß es Anzeichen einer Arbeiterbewegung gibt. Auch die Arbeiter im westlichen Rußland werden den Verfall der Gesellschaft nicht ewig hinnehmen. Doch solange die Arbeiterbewegung den russischen Imperialismus nicht brennst gilt, daß auch ein verfallender russischer Bär Tausende zu Tode trampelt. ■

Entwicklungsmodell Mexiko gescheitert

Kurz nach Bewilligung riesiger Kredite an die mexikanische Regierung zur Rettung der Währung marschiert die Armee in das von den Zapatisten gehaltene Gebiet ein. Panzer rollen in die Dörfer, es kommt zu Schußwechseln und Toten. Der Widerstand bleibt vereinzelt, die EZLN (Nationale Zapatistische Befreiungsarmee) zieht sich in den Dschungel zurück.

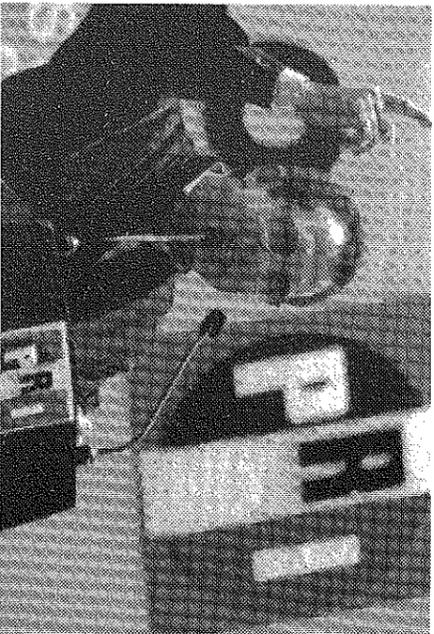
Geert Möbius, Köln

Die Order für den Angriff auf die Zapatisten kam direkt aus den USA. In einem internen Memorandum der Chase Manhattan Bank heißt es: „Die Regierung wird die Zapatisten eliminieren müssen, um ihre effektive Kontrolle über ihr Staatsgebiet und die Sicherheitslage zu demonstrieren.“

Der Indio-Aufstand im Januar 94 war ein Anzeichen der Gärung unter den verarmten Massen. In Mexico-Stadt demonstrierten damals Hunderttausende gegen die militärische Unterdrückung, wie auch im Februar 95.

Doch die Zapatisten haben es nicht verstanden, die Massen in den Städten zu organisieren. Ihre militärische Kraft blieb gering. Statt ein klares antikapitalistisches Programm anzuhören suchten sie das Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen die Halb-Diktatur. Zwar haben sie die Sympathie der Massen, doch ohne ein Kampfprogramm kann man sie nicht organisieren.

Die Regierung wird das Problem aber militärisch nicht lösen können. Die Zapatisten können im Dschungel nicht endgültig



Mexikos Präsident Zedillo: Seine Regierung hängt am Trost der USA

ren – und die Großgrundbesitzer entschädigen. Die freuen sich: mit dem Geld könnten sie ihre bewährten Mordkommandos weiter aufstufen, mit denen sie „ihre“ Land zurückerobern wollen. Die Lage bleibt explosiv.

Währungskrise des Peso

Anfang Februar ergriffen Bill Clinton und der IWF (Internationaler Währungsfonds) tief in die Kassen: sie gewährten 50 Milliarden Dollar (!) Kreditbürgschaft zur Unterstützung des mexikanischen Peso, der größte Kredit für ein einzelnes Land in der Geschichte.

hen, denn kleine Sender wie Radio Bremen oder der Saarländischer Rundfunk sollen mit anderen Anstalten fusionieren, um so den bisherigen Finanzausgleich unter den Anstalten zu beenden und Kosten zu sparen.

Die Zeit resümiert, was die CDU-Vorschlüge bedeuten: „Vor dem inneren Auge entfällt sich eine Rundfunklandschaft, die Schaudern macht: hier die quotengleichen und entsprechend flachen privaten Programme – da die öffentlich-rechtlichen, ohne das Erste, dafür mit Dritten, die aus der Provinz funkten und dem braven ZDF keine Konkurrenz mehr machen können.“ Vielfalt in Einfall.

Zuschauer finanzieren auch Private

Besonders lächerlich ist es, wenn sich die Union plötzlich zum Anwalt der Gebührenzahler und Verbraucher aufschwingt, ausgerechnet zu einer Zeit, in der ihre Steuer-, Beitrags- und Abgaben-Erhöhungen den Verbraucher wahrlich mehr beuteln als die seit 4 Jahren und noch bis 1996 stabilen 23,80 DM monatlich fürs Fernsehen, was ohnehin weniger ist als die allermeisten Tageszeitungen kosten.

Die Privatsender und ihre Paganandisten tun immer so, als ob Privatsendern umsonst sei. Doch die rund 4,3 Milliarden DM Werbeinnahmen, die 1994 allein RTL, SAT 1 und PRO 7 unseren Taschen. Die Verbrau-

In den letzten Jahren sind große Kapitalmengen aus den USA in das Land geflossen, doch die Wirtschaft blieb schwach. Die Investitionen beschränkten sich durch landlose Bauern. Die Regierung muß gleichzeitig Zugeständnisse machen. Sie will die Besetzungen teilweise legalisieren.

Der Rest Lateinamerikas und Asien zusammen. Als hohe Zinsen in den USA dann Kapital aus Mexiko abzogen, ist die Seitenhase geplazt. Aus dem Vorzeigemodell für den Aufbau eines Entwicklungslandes ist der Alptraum des Zusammenbruchs des weltweiten Finanzsystems geworden.

Der IWF verlangt 12 Prozent Zinsen auf die Kredite und beansprucht die gesamte Ölförderung als Sicherheit auf die Rückzahlung. Millionen werden ihre Arbeit verlieren, die Regierung plant drastische Einschnitte in die Realloöhne und im Staatshaushalt.

Noch immer gibt es modernste Fabriken und eine große Arbeiterklasse in Mexiko. Gleichzeitig existieren halbfleudale Zustände in den ländlichen Regionen. Superreiche leben in den gleichen Städten mit Millionen Stumbwohnern – die Widersprüche des Kapitalismus können nicht deutlicher sein.

Abwehrkämpfe haben bereits begonnen, oft in Form eines Aufstandes gegen die Gewerkschaftsführung, die zu einem „Zusammenschluß um Präsident Zedillos Wirtschaftsprogramm“ aufruft. Bei Tompson RCA (Fernsehtechnik) in Juarez nahe der amerikanischen Grenze streikten 5000 Arbeiter. Am 31. Januar demonstrierten 12 000 Lehrer für Lohnerhöhungen, nachdem eine Demo in der Woche davor von Polizisten zusammengeknüpelt wurde. Weitere Bewegungen laufen gegen MfL-Erhöhungen und gewaltsame Räumungen oder gegen Fahrpreiserhöhungen. Mexiko geht unruhigen Zeiten entgegen. ■

cher finanzieren mit dem Kauf von Produkten die Werbekosten und dadurch auch die Privatsender mit. Und dies mindestens ebenso unfeilwilling, wie ihnen für die öffentlich-rechtlichen Sender Gebühren eingezogen werden, egal was sie gucken.

Ob nun Stoiber, Kohl und Biedenkopf tatsächlich die Zerschlagung der ARD als Nahziel vor Augen haben, mag dahingestellt bleiben. Doch mit Sicherheit zeigen ihre Vorstöße die Richtung an, in die die Reise gehen soll, egal wie dick oder dünn die Salami-Scheiben im Einzelnen sein werden.

Als ersten Schritt soll anscheinend Verhandlungsmasse geschaffen werden für den Abschluß eines neuen Staatsvertrags, der in diesem Jahr ansetzt und bei dem es auch um die Wettbewerbsregeln für die Privaten geht. Hier stünde dann die Monopolisierung bei den Privaten auf dem Prüfstand, und genau davon soll durch den Angriff auf den „ARD-Konzern“ abgelenkt werden.

Zwei Medien-Imperien

Bei den angehtlich so vielfältigen Privatsendern geht es tatsächlich eine Konzentration in nur noch zwei Händen: die Imperien von Bertelsmann und den Clan um Leo Kirch. Kohls Duzfreund Kirch ist bei SAT 1, PRO 7, Kabelkanal, DSF und Premiere dabei. Bertelsmann ist bei RTL, RTL 2, VOX und ebenfalls prämiere engagiert. Beide Konzerne

haben auch beachtliche Anteile bei anderen Medien, z. B. kontrolliert Kirch inzwischen den Springer-Verlag.

Die konservative Medienoffensive verfolgt sowohl wirtschaftliche als auch politische Ziele. Den Privaten sollen mehr Marktanteile zugeschanzt, und was kritischeren Journalismus sollen geschleift werden. Ein Kanal wie SAT 1, der mit Sendungen wie „Zur Sache, Kanzler“ Hoßberichterstattung bereitet und Kohl auch mal eine USA-Reise spendiert, ist natürlich weit pflegeleichter als der WDR mit Sendungen wie „Monitor“ oder „ZAK“. Zumindest die CDU läßt in ihren Angriffen auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten das ZDF aus, dessen Grenzen fast durchweg CDU-freundlich besetzt sind. (Die FDP hat hier anscheinend mehr die ökonomischen Interessen ihrer Wirtschaftsklientels im Auge und fordert die Privatisierung des Zweiten.)

Ohne die SPD geht in Sachen Fernseh- und Rundfunkanstalten wegen der Zuständigkeit der Länder eigentlich nichts. Aber die SPD-Führung wurde schon öfter weicheckeliger, wenn der Beschluß nur lange genug dauert (z. B. beim Asylrecht). Gerade auch in der Medienpolitik ist auf sich kein Verlaß. Schärping gab kürzlich in einem Anflug von Selbstkritik zu, die SPD habe „fleißig mitgebetet“, als ein „öffentlich-rechtliches Monopol denunziert wurde“. In der Tat

Indien Mädchen-Massaker

Zwar sind Kindstötungen seit 100 und der Mitgift-Brauch seit 30 Jahren gesetzlich verboten, doch steigen beide besonders auf dem Land wieder an.

Die erbarmungslose Lage von Frauen und Mädchen in Indien wurde in einer BBC-Sendung im WDR vom 4. 2. 95 gezeigt. Die Geburt eines Mädchens ist eine Katastrophe für die meisten Familien, weil für ihre Verheiratung ein Mitgift in der Größenordnung von 15 Jahreslöhnen (!) fällig ist. Deshalb werden nach der Geburt der ersten Tochter oft alle weiteren weiblichen Babys entweder gleich abgetrieben oder nach der Geburt getötet.

Trotz der Rückständigkeit und Armut Indiens besitzt fast jeder Frauenaerzt die Ultra-Schall-Technik. Wenn Frauen schwanger werden, gehen sie für teures Geld zum Arzt und lassen das Geschlecht bestimmen, mit besagten Folgen.

Mit der englischen Reporterin sprachen die Frauen freimütig über ihre Tötungsabsichten. Ärzte und Polizei wissen um die Praxis, können und wollen aber nichts dagegen tun. Dies hängt generell mit der Stellung der Frau in der indischen Gesellschaft zusammen: Eine Familie ist erst „vollständig“, wenn ein Sohn geboren wird! Es bedeutet eine große Belastung für die Frauen, die immer wieder schwanger werden, bis sie den erwünschten Sohn gebären.

Gebären sie nicht gleich beim ersten oder zweiten Mal einen Jungen, sind sie der Mißhandlung ihres Ehemannes ausgesetzt. Eine 19-jährige berichtete, wie ihr Mann sie verlassen hatte, nachdem sie ein Mädchen als

Erstgeborene bekam. Sie wird nun von der Gemeinschaft ausgesetzt, da alleinstehende Frauen noch weniger gelten als verheiratete. Eine andere wurde von ihrem Mann angezündet, sie starb vier Tage später an den Verbrennungen.

In einigen Landstrichen gibt es ein krasses Mißverhältnis zwischen Mädchen und Jungen. Hochgerechnet werden dieser Generation 25 Millionen Frauen fehlen. Wenn die wenigen überlebenden Mädchen erwachsen sind, werden sie wohl zu Freiwild für die Männer werden. Ihnen drohen noch mehr Brutalität und Vergewaltigung und sie werden noch mehr zu Gebärmaschinen.

Auf dem Land ist es mit der Familienplanung nicht weit her. Ein Gynäkologe (der sich an der ganzen Misere natürlich eine goldene Nase verdient) bemerkte zynisch: „Man müsse doch die positive Seite sehen – durch die Kindstötungen bzw. Abtreibungen würde eine Art Bevölkerungskontrolle ausgeübt...“

Enden werden der lebenslangen Qualen, Demütigungen und Schwangerschaften erst, wenn die Lebensbedingungen in Indien sich radikal verbessern und die Frauen als gleichwertige Menschen akzeptiert werden. Der Kapitalismus in Indien hindert sie nicht nur daran, sich zu emanzipieren, sondern verurteilt sie zu einem menschenwürdigen Dasein, das in westlichen Breitengraden kaum vorstellbar ist. Gibt es einen wichtigeren Grund für die weltweite Eisetzung dieses barbarischen Systems durch eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen?

Fiz Garvie, Köln

Konservative Medienoffensive Vielfalt in Einfall

Nach einer Monitor-Sattire über Kohls Freundschaft zu Jeltzin im Zusammenhang mit dem Überfall auf Tschetschenien gingen die Rechten in die Offensive: Nichts stimme mehr im öffentlichen Rundfunk, von der Anschaffung der ARD war die Rede.

Angela Bankert, IG-Medien Mitglied, Köln

Die CDU-Ministerpräsidenten, allen voran Stoiber und Biedenkopf, erregten sich in ihrem 16-Theseen-Papier zur Medienpolitik über ein „konzernähnliches Gebilde“, über „uferlose“ Preis-erhöhungen und „Ausweitung der Werkzeuften“. Der Kanzler vernährte „jedes Gespür für Anstand und Würde“ und sein Minister Bohl machte gar eine „Fälscherkart“ aus.

Aber die Rede war nicht von der Bild-Zeitung oder dem Medientiganten Leo Kirch, von vielen Werbeböcken in Spielfilmen bei den Privatsendern oder von ihren Marktschreier-Sendungen a la „Einspruch“ oder „Verzeih mir“. Nein, gemeint waren bekanntlich die ARD im Allgemeinen, der WDR im Besonderen und eine „Monitor“-Sattire über Kohl im Einzelnen.

Weitere Unions-Thesen: die „Vielfalt“ der Dritten Programme müsse gewahrt bleiben und da sie sonst nicht finanzierbar wären, sei „auf ein zweites nationales Vollprogramm neben dem ZDF zu verzichten“. Doch so regional vielfältig soll es denn doch wieder nicht zuge-

haben auch beachtliche Anteile von Produkten die Werbekosten und dadurch auch die Privatsender mit. Und dies mindestens ebenso unfeilwilling, wie ihnen für die öffentlich-rechtlichen Sender Gebühren eingezogen werden, egal was sie gucken.

Ob nun Stoiber, Kohl und Biedenkopf tatsächlich die Zerschlagung der ARD als Nahziel vor Augen haben, mag dahingestellt bleiben. Doch mit Sicherheit zeigen ihre Vorstöße die Richtung an, in die die Reise gehen soll, egal wie dick oder dünn die Salami-Scheiben im Einzelnen sein werden.

Als ersten Schritt soll anscheinend Verhandlungsmasse geschaffen werden für den Abschluß eines neuen Staatsvertrags, der in diesem Jahr ansetzt und bei dem es auch um die Wettbewerbsregeln für die Privaten geht. Hier stünde dann die Monopolisierung bei den Privaten auf dem Prüfstand, und genau davon soll durch den Angriff auf den „ARD-Konzern“ abgelenkt werden.

Zwei Medien-Imperien

Bei den angehtlich so vielfältigen Privatsendern geht es tatsächlich eine Konzentration in nur noch zwei Händen: die Imperien von Bertelsmann und den Clan um Leo Kirch. Kohls Duzfreund Kirch ist bei SAT 1, PRO 7, Kabelkanal, DSF und Premiere dabei. Bertelsmann ist bei RTL, RTL 2, VOX und ebenfalls prämiere engagiert. Beide Konzerne



Kohl wünscht sich gehorsame Medien wie in Berlusconi Italien ging von der SPD keine grundlegenden Opposition gegen die Einführung des Privatfunks aus. In NRW z. B. hat sie für den Flop-Sender VOX zu Lasten des WDR Frequenzen freigemacht.

Gewerkschaftliche Gegenoffensive nötig

In der jetzigen Auseinandersetzung ist vor allem die IG Medien gefordert, den Angriffen von wirtschaftlichen Profitzwängen und politischen Gängen zu begegnen. Immerhin stehen hinter der ARD und den öffentlich-rechtlichen Anstalten die stärksten Journalisten und Medienschaffenden könnten ihre Erfahrungen mit Machtkonzentration, Abhängigkeit von wirtschaftlichen und politischer Intervention, offensiv vorbringen und den Spiel umdrehen.

Die Pressefreiheit sei die Freiheit von 200 Verlegern, ihre Meinung zu verbreiten, sagte ein Publizistik-Professor schon vor

Jahrzehnten. Heute haben nur noch eine Handvoll Verleger das Sagen. Wie weit der Arm Leo Kirchs reicht, mußte auch der Journalist Michael Radtke feststellen, der sein Buch mit Hinterrund-Recherchen über das Kirch-Imperium bei keinem deutschen Verlag unterbringen konnte und es in der Schweiz herausbringen mußte.

Wirkliche Pressefreiheit kann es nur geben, wenn die Medien von wirtschaftlichen Profitzwängen und politischen Gängen befreit sind. Medien sind keine Privatsache, sondern ein Machtfaktor, daher gehören sie nicht in private Hände. Wir treten dafür ein, das öffentlich-rechtliche Eigentum zu erhalten und alle privaten Medien ebenfalls in öffentliches Eigentum zu überführen. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß demokratische Kontrolle und gleichberechtigter Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen zu den Medien überhaupt ermöglicht werden können. ■

ÖTV-Tarifrunde

Zurückschrecken!

Nach dem Januar-Schock der Februar-Schrecken. Derjenige Monat habe ich das niedrigste Gehalt seit dem Ende meiner Ausbildung bekommen. 50 DM „Solidaritätszuschlag“, 20 DM Pflegeversicherung, 35 DM Mieterhöhung im Wohnheim – macht zusammen 105 DM weniger.

**Dieter Janßen,
ÖTV-Vertrauensmann,
Personalrat, Stuttgart**

Als lediger kinderloser Krankpfleger, der sich zur Zeit kein Auto leisten kann, treffen mich höhere Versicherungssteuern und Kindergartengebühren nicht, höhere Fahrpreise für Busse und Bahnen umso mehr. Eine saftige Gehaltssteigerung ist dringend nötig. Nach 10 Prozent Reallohnverlust in der ersten Hälfte der 90er brauchen wir einen Ausgleich. 3 Prozent (erwartete Inflationsrate) wie sie der ÖTV-Vorsitzende Mai Ende Januar forderte, würden bei meinem Brutto-Gehalt von 4000 DM gerade mal 120 DM brutto ergeben – schon wieder Reallohnverlust.

Auf dem Bremer Gewerkschaftstag 94 wurde gegen den Willen der Führung ein Antrag in das tarifpolitische Programm übernommen: „... müssen die Gewerkschaften diese ungerechte Abgaben- und Steuerpolitik stärker als bisher in die Tarifpolitik einbeziehen. Dabei ist darauf auszugehen, daß eine solche tarifpolitische Strategie auf massiven Widerstand der Arbeitgeber insgesamt stoßen wird. Es

muß deshalb die gesamte gewerkschaftliche Kampfkraft entfaltet werden, um positive Veränderungen zugunsten der Beschäftigten zu erreichen.“

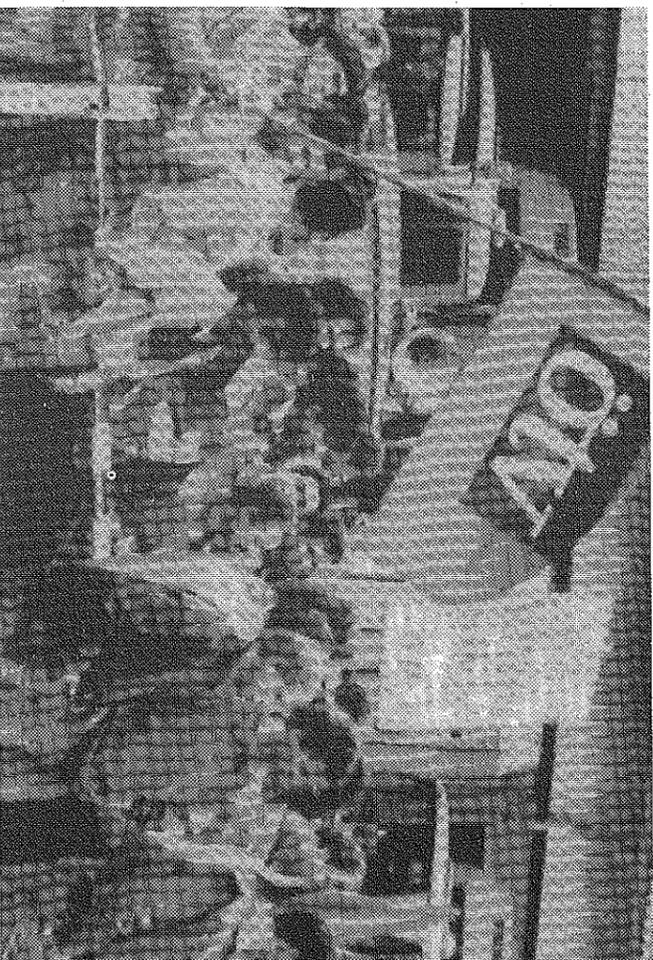
Außerdem müssen Angriffe auf den BAT-Manteltarif (BAT = Bundesangestellten tarif) abgewehrt werden. Die öffentlichen Arbeitgeber wollen die ultierrifliche Bezahlung von ABM-Kräften, die Kürzung der Schichtzulagen für Teilzeitschäftigen und die Streichung von Beihilfen für Geburts-, Krankheits- und Todesfälle durchsetzen.

500 DM für jede/n!

Bei seiner Wahl tar Mai kämpferischer: „Wir brauchen eine kräftige Einkommenssteigerung“. Es schloß einen Streik nicht aus: „... benötigen wir vielleicht eine Bewegung, wie sie im Bereich der IG Metall vor der Tür steht.“ (*Handelsblatt*, 14. 2. 95).

Die Angriffe der Arbeitgeber werden sich nicht am Verhandlungstisch abwehren lassen. Doch wenn wir kämpfen, muß es sich auch lohnen.

- ★ 500 DM Festbetrag für alle
- ★ Volle Durchsetzung der aufgestellten Lohnforderungen
- ★ Keine Arbeitszeitkorridore in die Tarifverträge
- ★ Kein Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung
- ★ Keine Lohnabstriche bei neu Einstellenden
- ★ Ablehnung aller von den Arbeitgebern geforderten Verschlechterungen im BAT-Mantel-Tarif



Der Basis ist noch gut in Erinnerung, wie sie beim Streik 92 vom Vorstand verschaukelt wurde

Opposition von unten nötig

Nachdem die bisherige ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies als EU-Kommissarin endgültig ins bürgerliche Lager gewechselt ist, wurde im Februar der bisherige hessische Bezirksleiter Herbert Mai

mit knapp 75 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem Gewerkschaftstag zum Vorsitzenden gewählt.

Dies ist keine große Zustimmung, wenn man berücksichtigt,

ren Lebensstandard zu halten, ist eine Einkommenssteigerung von 10 Prozent notwendig. Die ÖTV sollte daher für den Festgehaltbetrag von 500 DM für jeden kämpfen.

Haushaltskrise

Die Leere der öffentlichen Kassen ist politisch gewollt. Die Bundesregierung läßt die Kommunen die Kosten der Einheit tragen, wälzt steigende Sozialausgaben auf sie ab und will nächstes Jahr auch die Gewerbesteuer streichen. Die Unternehmen werden weiter entlastet.

Kampfbereit

Am 22. 2. fand die Funkkonferenz der ÖTV-Kreis-Kassel statt. Ca. 150 Personalräte und Vertrauensleute diskutierten hauptsächlich über die Privatsektionspläne der öffentlichen Arbeitgeber und die Forderungen der ÖTV für die Tarifrunde.

Es wurde scharfe Kritik am Hauptvorstand geübt, besonders wegen Mai's Äußerungen über die 3 Prozent. Viel Zustimmung bekam ein Kollege, der feststellte, daß solche Äußerungen nicht überraschend seien, da die oberen Funktionäre soviel verdienen. Abgebremsst wurde diese Kritik von einem Kollegen, der viel von Mitarbeitern und Vätern des Grundgesetzes erzählte und vom Gewerkschaftskongreß. Dort hätte Mai versichert, daß er diese Äußerungen nie von sich gegeben hätte. Eine Kollegin fragte, warum Mai dann nicht öffentlich erklärt hätte, daß 3 Prozent langst nicht ausreichen.

Unsere Forderung nach 500 DM wurde mit Beifall bedacht. Viele KollegInnen fanden, daß sie notwendig

Die Unternehmen, Banken und Versicherungen haben 700 Milliarden DM auf der hohen Kante (nach Angaben der Deutschen Bank). 700.000.000.000 DM werden nicht investiert, sondern nur in Spekulations- und Währungsgeschäften eingesetzt. Allein eine zehnprozentige Steuer darauf würde der öffentlichen Hand 70 Milliarden beschern. Also: Hände weg von unseren Sparschweinen, ran an die Geldsäcke!

Setzt Euch für möglichst hohe Forderungen mit einem festen Mindestbetrag ein.

sei, um Solibetrag, Pflegeversicherung, Teuerungsräte, den gestohlenen Feiertag und die Reallohnverluste der vergangenen Jahre auch nur halbwegs auszugleichen

Jedoch blieben die konkreten Forderungen aus dem Besten lagen bei 250 DM, Sekkelbetrag oder 6 Prozent Lohnerhöhung. Die wenigsten konnten sich vorstellen, fast doppelt soviel zu fordern wie die IG Metall. Doch die Forderungen sind ernst gemeint. Ein Kompromiß bei 3 Prozent dürfte keine Zustimmung an der Basis finden. Alles darüber werden die Arbeitgeber nicht akzeptieren. Ein Vertrauensmann berichtete von Kollegen, daß bei 4 Prozent die untere Linie verlaufen müsse und alle Diskussionen der Arbeitgeber darunter mit Streik beantwortet werden müssen.

Die Kollegen an der Basis sind auf harte Auseinandersetzungen vorbereitet – die Konferenz spiegelte ihre Kampfbereitschaft wieder

**Angelika Tewelett,
ÖTV-Mitglied, Kassel**

nicht erst angetreten war.

198 von 895 Delegierten stimmten gegen Mai, 28 enthielten sich. Das widerspiegelt die massive Unzufriedenheit in der Mitgliedschaft über die Politik der ÖTV-Führung.

Vielen ÖTVlern liegt noch der Streikabbruch von 1992 im Magen, als die Führung gegen die Abstimmung der Basis einen faulen Kompromiß von 5,4 Prozent annahm. Doch Muren alleine wird die ÖTV nicht verändern. Aufgabe von Aktivisten aus Betrieben und Verwaltungen ist es, in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren die Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen, sie organisiert in die Strukturen der ÖTV hineinzufragen und sich für den Aufbau einer Opposition von unten einzusetzen.

Einer Opposition, die nicht Opposition bleiben will, sondern eine politische und personale Alternative zur jetzigen ÖTV-Führung und ihrer Politik des In-die-Knie-gehens vor den kapitalistischen Sachzwängen darstellen und sich die Verteidigung aller Arbeitsplätze, gleichen Lohn in Ost und West, die konsequente Ablehnung von Privatisierung und Flexibilisierung und die Demokratisierung der ÖTV einsetzt.

Dieter Janßen, Stuttgart



Thüringer Busfahrerstreik

Am 15. Februar traten in Thüringen 298 Busfahrer privater Busgesellschaften in den Streik. Ihre Forderung: Anhebung der Stundenlöhne von brutto 11,55 DM auf das Niveau der Fahrer in den öffentlichen Verkehrsbetrieben von 15,70.

Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Die Busgesellschaften argumentieren, sie könnten die höheren Löhne des öffentlichen Dienstes nicht bezahlen, da sie nicht am Tropf der öffentlichen Gelder hängen. Fakt ist aber, daß sie ihre Betriebshöfe mit immensen staatlichen Subventionen finanziert haben.

Neulich wurde durch die Presse bekannt, daß ein privates Busunternehmen in Gotha erdgasbetriebene Busse anschaffte. Ein Bus kostet 400 000 DM, 350 000 bezahlt der Staat. „Zusätzlich erhalten alle Unternehmen noch Geld für Schuberttransporte und die Schwerbehindertenhilfe. Sollte ein Unternehmen dennoch in die roten Zahlen rutschen, dann muß die zuständige Kommune oder der Landkreis dafür einspringen, da der Personverkehr zu ihren Pflichtaufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge gehört.“ (ÖTV Thüringen).

Solidarisierung

Eine Woche nach Streikbeginn wurde der Streik auf 592 Betriebsstätten in 5 Betrieben ausgeweitet. Es ist sehr schwierig, den Streikbruch von kleinen Busunternehmen mit nichtorganisierten Fahrern aus Sachsen und Bayern zu verhindern.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine große Solidarisierung in der Bevölkerung und bei den Fahrern im öffentlichen Dienst. Sie haben sogar ihre Bereitschaft erklärt, in einen Solidaritäts-Streik zu treten.

Die KollegInnen in Thüringen kämpfen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Kampf gegen Niedriglöhne ist eine Ermunterung für alle Schlechtdienstler und die Verteidigung der Löhne im öffentlichen Dienst in Ost und West.

Die niedrigen Löhne bei den Privaten werden im ganzen Land benutzt, um Druck auf die Löhne im öffentlichen Dienst auszuüben. Im Dezember vertriehen die SPD-segneten Sachverständigen in Nordrhein-Westfalen eine 30prozentige Lohnkürzung für Fahrer durchzusetzen. Ihr Argument: die Fahrer bei den Privaten verdienen 30 Prozent weniger!

Die streikenden Busfahrer brauchen die volle Unterstützung der ÖTV und des DGB. Geringer Löhne für gleiche Arbeit muß aber auch Anhebung der Ost-Löhne auf 100-Prozent West

heißten. Im Vergleich zu seinem Kollegen im öffentlichen Dienst im Westen verdient ein Busfahrer in Thüringen gerade mal halb so viel.

„So verdient ein Busfahrer derzeit im Schnitt 1900 DM brutto, das sind zwischen 1300 und 1500 DM netto. Nach Abzug aller Fixkosten bleiben den Fahrern und ihren Familien im Monat etwa 500 Mark übrig. Das reicht natürlich bei weitem nicht aus und so versuchen viele Fahrer durch zusätzliche Schichten ihr Geld aufzubessern. An das Problem Busmüllle durch Überschreiten der Lenk- und Ruhezeiten sei hier nur am Rand erinnert ...“ (ÖTV-Thüringen).

Ein erfolgreicher Streik in Thüringen wäre ein Schlag gegen Lohnraub-, Spaltungs- und Privatisierungspolitik. Eigentlich wäre es Aufgabe der ÖTV-Führung, diesen Streik in allen Gewerkschaftsleitungen bekanntzugeben. Die ÖTV müßte den Streik auf alle streikfähigen privaten Busgesellschaften im Osten ausdehnen. An die Fahrer bei den Privaten, die vor allem im Westen schlecht organisiert sind, müßte durch eine Flugblattaktion der Streik bekanntgemacht werden, die Kollegen aufgefordert sich zu organisieren und ebenfalls Streiks für Angleichung auf das Niveau im öffentlichen Dienst organisiert werden.

Ein bundesweiter Streik der Fahrer bei den privaten Busbetrieben wäre die beste Antwort auf die Pläne, die Tarife im öffentlichen Dienst abzusenken und Privatisierung zu stoppen. Es wäre der beste Anfrakt für eine erfolgreiche Tarifrunde.

Den Kampf bundesweit führen

Daß die ÖTV-Spitze nichts tut, um den Streik im Westen bekanntzumachen geschweige denn Unterstützung zu organisieren und ihn auszuweiten, ist kein Zufall. In NRW hat sie sich bereits darauf eingelassen, Verhandlungen über Lohnsenkungen für neu einzustellende Fahrer zu führen. Der Streik 1992, die Warnstreiks im Dezember in Nordrhein-Westfalen und nicht zuletzt der Streik der Busfahrer in Thüringen zeigen, daß die Mitgliedschaft bereit ist, den Kampf zu führen. Die Führung steht mit beiden Beinen auf der Bremse. In der diesjährigen Tarifrunde planen die öffentlichen Arbeitgeber einen Generalangriff auf die Beschäftigten. Wenn es nach Mai und Co. geht, wird sie zu einem weiteren Rückschritt für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Es ist notwendig bereits im Vorfeld Druck auszuüben und Opposition zu organisieren.

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 168 März 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

**Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital**



**Demo in
Kassel**

Am 13. Februar zeigten 1500 Schüler in Kassel lautstark ihre Bereitschaft, gegen die rechte Bildungswende der CDU und die Kürzungspläne der SPD zu kämpfen.

Siehe Seite 4



Schülerpower gegen Bildungsskauer!

1995 wird ein Jahr des Bildungskahlschlags sein – wenn wir uns nicht wehren. In allen Bundesländern werden Mittel gekürzt. Auf Bundesebene droht die Abschaffung der Oberstufenreform und ein einheitliches Abitur ohne Wahlmöglichkeiten, mit Deutsch und Mathe als Schwerpunkt. Kohl und Kumpare wollen Schmalspurschulen für die Masse und Elitebildung für Unternehmer und Ärztesöhnen!

Holger, JRE-Schülergruppe, Aachen

Allein in Nordrhein-Westfalen fehlen 25 000 Lehrer. Pro Woche fallen dort 600 000 Unterrichtsstunden aus. An Hauptschulen sind es 30 Prozent des vorgesehenen Unterrichts.

Die Klassen werden größer, der Unterricht stressiger. Ab dem Schuljahr 95/96 müssen sich von 5. bis zum 10. Jahrgang der Hauptschulen 24 Schüler in den Klassenraum drängen, in allen anderen Klassen sollen es 30 sein, kleinere Klassen dürfen nicht mehr eingerichtet werden. Angeblickt soll so die Schule effektiver werden. Ob man dabei noch lernen kann, ist der Regierung egal, ihr geht es

um die Unterbringung der Schüler.

Darüber so schlecht bleibt wie es ist, müßten pro Jahr 25 000 LehrerInnen eingestellt werden. 1993 waren es gerade mal 3000. Doch die Sache kann umgekehrt. In Ostdeutschland wurden seit 1990 noch 37 000 entlassen. Auch für die LehrerInnen wird die Schule immer härter. Sie sollen länger arbeiten – in Niedersachsen 2 Stunden mehr pro Woche – und weniger Ferien bekommen.

Teurer, aber kein Spaß

Außerdem müssen wir immer mehr für die Bildung stehen. An vielen Schulen wird Kopiergeld verlangt oder müssen neue Bücher selbst bezahlt werden. Ein Drittel aller Schüler bekommt Nachhilfe, da es oft nicht anders möglich ist, im Unterricht mitzukommen. Die Nachhilfe kostet die Eltern jedes Jahr im Schnitt 850 DM! Das können sich natürlich nicht alle leisten – Kinder reichere Eltern sind im Vorteil.

Es sollen Gelder für Reparaturen gekürzt werden, das heißt, daß wir demnächst endgültig in Bruchbuden lernen dürfen. In einer Aachener Grundschule muß-

ten LehrerInnen und Eltern die Klassenräume selbst streichen und die Vorhänge in den Klassenräumen nähen. Gelder für Lernmittel sollen gekürzt werden. Schon heute müssen Lehrer in engeren Schulen die Kreide selbst kaufen.

Stoppt die Bildungswende

Angeblickt ist die Schule noch zu leicht. Konservative Politiker wollen Schulbildung erschweren und zurück zur Elite-Bildung der 60er Jahre. Erste Erfolge – aus der Sicht der Regierung – hat die Kürzungspolitik schon erzielt: Seit 1990 sank die Zahl der Abiturienten von 166 000 auf 155 000 pro Jahr (-7 Prozent).

Die Zahl der Haupt- und Realschulabschlüsse stieg von 414 000 auf 426 000 (+ 3 Prozent). Die Zahl von Jugendlichschulen ohne Schulabschluss stieg von 51 000 auf 53 000. Vor allem der Anteil von Arbeiterkindern an Gymnasien hat wieder abgenommen.

Nach der Schule wird es nicht besser. Es fehlen gute Lehrstellen, viele werden nach der Ausbildung nicht übernommen. Die Unis sind überfüllt.

Daher ist es höchste Zeit, aktiv zu werden und für die Zukunft zu kämpfen. Wir können uns dabei nur auf unsere eigene Kraft verlassen. Wir müssen uns daher zusammenschließen. 2. B. in Schülerkomitees, die die Gewerkschaft organisieren. Es ist wichtig zu anderen Betroffenen – StudentInnen, LehrerInnen, Sekundärkräften, Putzfrauen und Hausmeister – Kontakt aufzunehmen. In Aachen wurden zum Beispiel an einer Schule die Reinigungskräfte „freigesetzt“ und die SchülerInnen dazu verdonnert, die Klassen zu putzen und so zu Handlangern von Arbeitsplatzvernichtung gemacht.

Es reicht aber nicht aus, wenn die Schulen jede für sich selbst aktiv werden. Wir brauchen staat-, landes- und bundesweit Zusammenschlüsse der SchülerInnen. Allein ist man wehrlos, zusammen können wir es schaffen, die geplanten Verschlechterungen abzuwehren.

Doch abich Verbesserungen sind nötig. Wir fordern, das Geld von denen zu holen, die es haben. Zum Beispiel von den 85 Milliarden in Deutschland, die 249 Milliarden als Privatvermögen auf der hohen Kante haben.

- ★ Keine Kürzungen im Bildungsbereich, massive Erhöhung der Bildungsausgaben
- ★ Kein Stellenabbau, sondern Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen
- ★ Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Bildungseinrichtungen, keine Studiengebühren
- ★ Nein zur Abschaffung der reformierten Oberstufe
- ★ Schüler-Bafög von 1500,- für jede/n ab 16 Jahren

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Es geht um unsere Zukunft. Wir sind aktiv gegen Bildungsklau und Elite-Bildung. In Kassel haben SAV und JRE ein Schüleraktionskomitee organisiert und die erste Demo

organisiert. Aktionen in anderen Städten werden folgen.

Wenn auch Du etwas machen willst, melde Dich bei uns.

☎ 02 21 / 13 45 04